

III. Unruhige Jahre in Krieg und Nachkriegszeit: Lehrer, Soldat und Publizist (1914–1923)

Im Januar 1914 machte ich mein Staatsexamen für das höhere Lehramt in Geschichte, Deutsch und Lateinisch. Natürlich freute ich mich über den Erfolg, der mir den Zugang zum Gymnasialdienst öffnete. Es war auch ein bißchen Wehmut dabei, weil ich die Universität verlassen mußte. Bis zur wirklichen Berufung in ein staatliches Amt war noch ein weiter Weg, denn es war sehr ungewiß, wann einmal eine Stelle für mich frei werden würde. Ich mußte mit einer langen gehaltlosen Wartezeit rechnen. Deswegen erwog ich, ob ich nicht lieber noch ein Studium im Ausland beginnen sollte, etwa an der Universität Grenoble, um gut Französisch zu lernen und mich in fremdem Lande umzusehen. Aber ich erhielt gegen Ostern 1914 vom Dresdner Kultusministerium eine Zuweisung zum „Pädagogischen Seminar“ am Gymnasium in Zwickau. Erst nach der Absolvierung eines Probehalbjahrs im Schuldienst wurde man ein anstellungsberechtigter „Studienreferendar“, wie das neuerdings genannt wurde. Es war natürlich geboten, dieses Halbjahr noch abzuschließen, um alle Bedingungen zu erfüllen. Wenn es vorüber war, dann würde ich vielleicht noch ein militärisches Dienstjahr hinter mich bringen müssen. Ich hatte mich vom Eintritt als Einjährig-Freiwilliger¹ bisher immer zurückstellen lassen. Bis zur Erfüllung des sechsundzwanzigsten Lebensjahres war dies erlaubt. Diese Grenze lag bis zum 27. März 1915 noch vor mir. Also paßte das Probehalbjahr in Zwickau recht gut in mein Programm. Sollte ich nach dem Ablauf des Militärjahres noch immer auf Anstellung warten müssen, dann würde es ja noch immer Zeit sein, andere Pläne zu schmieden. Alle diese Erwägungen wurden hinfällig, weil am 1. August 1914 der große Krieg des Deutschen Reiches gegen die ihm feindlichen Mächte des Ostens und Westens ausbrach.

Zunächst ging ich also jedenfalls nach Zwickau ans Gymnasium zum praktisch-pädagogischen Probendienst. Sechs Jahre nach meinem Abitur bekam ich von neuem ein Schul-Lüftchen zu atmen; aber auf der andern Seite der Barrikade. Daran mußte man sich erst gewöhnen. Die Zwickauer Gymnasiasten waren natürlich an unselbständige „Kandidaten“ reichlich gewöhnt. Es war zu erwarten, daß sie kleine oder größere Frechheiten probieren würden. Ich ver-

¹ Eine erstmalig 1815 in der preußischen Armee eingeführte und 1867 in den Deutschen Bund und 1871–1919 in das Kaiserreich übernommene Einrichtung der Wehrpflicht, nach der junge Männer mit höherer Schulbildung nach einer einjährigen Dienstzeit als Reservisten entlassen wurden. Der Nachweis der Befähigung erfolgte durch Schulzeugnisse oder Prüfungen. Den Einjährig-Freiwilligen stand die Wahl der Waffengattung und des Truppenteils frei. Sie mußten sich selbst unterbringen, bekleden und verpflegen. Als Abzeichen trugen sie eine Wollschnur in Landesfarben um die Schulterklappen.

mochte es aber gleich ganz gut, Disziplin zu halten, und meine vier „Seminar“-Kollegen Fröbisch, Kühn, Ott und Willige auch. Zunächst mußten wir bloß „hospitieren“, einzeln oder mit der ganzen Gruppe, in den Unterrichtsstunden der Gymnasiallehrer in den Unterklassen. Später mußte jeder von uns einzelne Stunden selber halten. Das war der Punkt, auf den es am meisten ankam, und das absolvierten wir alle zufriedenstellend. An jedem Samstag lief ein theoretischer Seminarkurs unter der Leitung des Rektors Dr. Dittmar, der sich dabei von einem der „Oberlehrer“ – es hieß noch nicht „Studienräte“ – unterstützen ließ. In diesen Kursen mußte jeder Kandidat ein Referat übernehmen. Mein Thema lautete: „Über das mechanische, judiziöse und ingenieure Gedächtnis im Lateinunterricht der Sexta“. Ich schrieb darüber 60 Seiten im Schulheftformat und habe das Manuskript auch aufbewahrt. Gelesen hab' ich's wohl nicht wieder. Im ganzen war es nicht uninteressant, pädagogisch-psychologisch zu diskutieren. Für die Praxis des Schulehaltens kam nicht viel dabei heraus. Aber man machte den Kurs eben durch. Er mußte abgebrochen werden, als am 13. Juli die Sommerferien begannen, und konnte hinterher nicht wieder aufgenommen werden, weil inzwischen der Krieg begonnen hatte. Ich kehrte zwar nach den Ferien ans Gymnasium zurück, wurde aber nun gleich für einige Stunden regulären Unterrichts eingesetzt, weil mehrere Lehrer ausfielen, die sogleich zum Militär hatten einrücken müssen. Von da ab bekam ich für die Stunden, die ich gab, mein erstes staatliches Entgelt.

Am Ferienbeginn ließ sich alles noch ganz friedlich an. Noch ahnte man nicht, daß das Attentat in Bosnien, dem der Erzherzog Franz Ferdinand² zum Opfer fiel, das Signal zum Weltkrieg sein werde.³ Ich war mit meinem alten Schulkameraden Theo Steinbach zu einer Ferienreise durch Süddeutschland verabredet. Am 14. Juli vormittags reisten wir vom Zwickauer Bahnhof ab nach Stuttgart. Der 15. war der Besichtigung der schwäbischen Hauptstadt gewidmet. Am 16. begann die Wanderung in der Schwäbischen Alb: Urach, Hohenurach, Burg Lichtenstein, natürlich in Gedenken an Hauff.⁴ Wir bestiegen den Roßberg und genossen weite Fernsichten. Durchs Steinbachtal kamen wir zur Bischofsstadt Rottenburg und dann nach Tübingen. Es folgte Hechingen mit der Burg Hohenzollern, dann Sigmaringen und eine Wanderung durch das Donautal über Hausen zum Kloster Beuron, Tuttlingen, Immendingen, wo die Donau versickert. Durch die Ebene Baar fuhren wir mit [der] Bahn nach Donaueschingen, wo die Donau entspringt, in den Schwarzwald hinein zum Titisee. Am 22. und 23. Juli waren wir in Freiburg im Breisgau, fuhren dann nach Kehl und kamen am 25. nach Straßburg. Natürlich kam ich un-

² Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich-Este (1863–1914), Erzherzog-Thronfolger, Neffe Kaiser Franz Josephs I. Am 28. Juni 1914 wurde er zusammen mit seiner Gemahlin Sophie Chotek, Herzogin von Hohenberg, in der bosnischen Hauptstadt Sarajewo ermordet.

³ Zu den Ursachen des Ersten Weltkrieges vgl. Gregor Schöllgen (Hrsg.), *Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland*, Darmstadt 1991.

⁴ Wilhelm Hauff (1802–1827), Verfasser vieler bekannter Märchen.

terwegs nicht viel zum Zeitunglesen. Von der politischen Entwicklung der großen „Julikrise“ nahmen wir kaum Notiz. Erst als wir in Straßburg Frankengewährung eintauschten, warnte uns der Geldwechsler, angesichts der Kriegsgefahr nach Frankreich zu gehen. Wir wollten aber gar nicht nach Frankreich, sondern nur in die Schweiz, die ja damals mit Frankreich und den andern Ländern der lateinischen Münzunion das gleiche Geld besaß. In Basel wohnten wir im Hotel „Blume“. Wir schlenderten durch die Freie Straße über den Markt mit rotem Rathaus zum Münster mit seinem Glasurziegeldach und zwei verschieden hohen Türmen. In meinen Reisenotizen steht „Träumerei auf dem Münstervorplatz mit Blick auf den Rhein“. Es war mein erster Besuch in der später so geliebten Schweiz. Unterm 26. Juli notierte ich „Debatte über die politischen Ereignisse“. Jetzt erst also nahmen wir die kritische Lage zur Kenntnis. Dennoch reisten wir mit Gleichmut nach Rheinfelden, Säckingen und so weiter. Vom 27. zum 28. übernachteten wir in der „Grünen Tanne“ in Schaffhausen, tranken weißen Waadtländer und roten Veltliner und gingen natürlich zum Rheinfall. Vom Schweizer Boden aus besuchten wir über Singen den Hohentwiel und dachten an Scheffel.⁵ Wir wollten über Radolfzell zur Insel Reichenau, konnten sie aber nicht betreten, weil der Damm, der sie mit dem Festland verbindet, überschwemmt war. So erreichten wir am Abend des 28. noch Konstanz und am nächsten Vormittag Meersburg. Über den ganzen Bodensee trug uns der Dampfer nach Bregenz. Hier war schon militärischer Betrieb, denn Österreich hatte den Krieg gegen Serbien am 28. Juli schon begonnen. Da entflohen wir bald wieder und kamen noch am 29. abends nach Lindau.

Für den 30. Juli trennten uns wir beiden Reisegefährten. Theo wünschte sich einen Besuch in Überlingen; mich aber zog die Erinnerung an Scheffel nach St. Gallen. Also trennten wir uns für diesen 30. Juli; abends wollten wir uns in Lindau wieder treffen. Ich fuhr über den See nach Rorschach, dann mit der Bahn bis an mein Ziel. St. Gallen liegt in einer Senke zwischen zwei Höhenzügen, und ich versäumte nicht, wenigstens auf den einen hinaufzusteigen. In einem Restaurant „Falkenburg“ nahm ich mein Mittagessen und genoß den Blick auf die Stadt, die Berge und den Bodensee. Ich sah, wie sich in den Straßen der Stadt Menschenmassen schoben; die Schweizer waren schon höchst aufgeregt wegen der Kriegsgefahr. Noch steckte mich die Aufregung kaum an. Ich ging wieder hinunter und besichtigte am Nachmittag noch eingehend den Dom. St. Gallen ist keine Abtei mehr; deren imponierend großes Gotteshaus ist Bischofskirche. Dann mußte ich nach Rorschach zurückfahren, um dort das passende Schiff nach Lindau zu erreichen. Ich fand wahrhaftig kaum noch einen Platz: so vollgestopft war der Dampfer von Menschen. Auf dem Deck erhoben sich Berge von Reisekoffern. Aus allen Teilen der Schweiz waren Touristen zusammengeströmt, um

⁵ Joseph Victor von Scheffel (1826–1886), Dichter und Schriftsteller des akademischen Burschenlebens. Er verlebte einen großen Teil seines Lebens am Bodensee.

schon beinahe fluchtartig vor dem drohenden Krieg die deutschen Grenzen zu erreichen.

Als ich in unserm Gasthaus Steinbach wiedergefunden hatte, waren wir noch immer entschlossen, uns nicht beirren zu lassen. Wir fuhren frühmorgens am 31. Juli mit der Bahn nach Friedrichshafen, sahen uns noch um in der Stadt, kamen aber jetzt doch zu dem Ergebnis, es sei geraten, die Heimfahrt anzutreten. Noch immer aber bestiegen wir den fahrplanmäßigen Zug nach Ulm ohne große Eile und besichtigten dort die Stadt und das Münster. Da lasen wir in der Nähe des Bahnhofs an einer Anschlagsäule: „Erklärung des Zustands drohender Kriegsgefahr“. Das war die Vorstufe zur allgemeinen Mobilmachung. Möglicherweise war der Nachtzug über Nürnberg nach Sachsen der letzte, den wir noch benutzen konnten. Theo geriet in Sorge wegen seiner Braut daheim, und ich wollte nach Dresden zu meiner Mutter. Nach Zwickau brauchte ich meiner Ansicht nach noch nicht zurückzukehren, weil die Ferien noch nicht zu Ende waren. Der Rektor Dittmar machte mir dann allerdings bei Wiedereröffnung der Schule klar, daß ich inkorrekt gehandelt hätte. Ich hätte mich sofort am Dienstort einstellen müssen. Am 2. August war der „erste Mobilmachungstag“, an dem es keinerlei normalen Zugverkehr mehr gab. Ich hatte gerade noch rechtzeitig unsern Familienwohntort Dresden erreicht.

Es muß auffallen, und es fällt mir selber auf, wie unbesorgt und unbeschwert wir beiden Freunde, Steinbach und ich, auf unsrer süddeutschen Reise in den Wochen der verhängnisvollen Julikrise von 1914 geblieben sind. Wir hatten eben von der bedrohten Lage des Deutschen Reiches, die in England schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts festgestellt wurde [...]⁶, keine Ahnung. Sie wurde ja von der Reichsführung unter Wilhelm II. selbst offenbar nicht erkannt oder anerkannt.⁷ Wir Studenten in Jena und Leipzig führten viele politische Gespräche, und ich erinnere mich, gerade mit Steinbach, der nicht mein Couleurbruder war, wenigstens in den Semesterferien in Dresden zum Beispiel die Marokkopolitik der Reichsregierung von 1911⁸ diskutiert zu haben. Interessen in Marokko hatten anfangs nur einige deutsche Industrie- und Exportfirmen. Gegen Frankreich aufgegriffen wurden sie im Auswärtigen Amt 1905 unter dem Einfluß des Geheimrats Holstein⁹, der – als Schüler Bis-

⁶ Hinweis auf S.47, Teil IV des Manuskripts, auf der Buchheim auf das gespannte deutsch-englische Verhältnis zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingeht. Zum deutsch-englischen Gegensatz und zur Isolierung des Deutschen Reiches vgl. Paul M. Kennedy, *The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860–1914*, London 1980.

⁷ Die Reichsleitung ging sehr wohl von einer bedrohten Lage aus. Vgl. Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–1918*, 3. Aufl. Düsseldorf 1964; ders., *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969.

⁸ Zur Marokkokrise 1911 vgl. Emily Oncken, *Panthersprung nach Agadir. Die deutsche Politik während der Zweiten Marokkokrise 1911*, Düsseldorf 1981.

⁹ Friedrich von Holstein (1837–1909), Jurastudium, 1861–1868 Attaché bei preußischen Vertretungen im Ausland, 1871–1876 Zweiter Botschaftssekretär in Paris, 1876–

marcks – die durch [den] verlorenen Krieg gegen Japan und revolutionäre Unruhen im Innern eingetretene Aktionsunfähigkeit des Zarenreichs ausnutzen wollte, um den Franzosen eine diplomatische oder militärische Niederlage beizubringen. Diesen Gedanken eines Präventivkriegs verwarf Wilhelm II. mit Recht. Dabei ist anzumerken, daß aus dieser Zeit der Schlieffenplan¹⁰ des preußischen Generalstabs stammt, die Anwendung schneller Vernichtungsstrategie gegen den westlichen „Erbfeind“ unter Stillhaltung im Osten. Damals war von Rußland nichts zu besorgen, während sich 1914, als der Schlieffenplan wirklich durchgeführt wurde, die Lage bedrohlich verändert hatte. Die nationale Meinung in Deutschland empfand den Rückzug in der Marokkopolitik als Niederlage. Um so schlimmer war es, daß dieser Rückzug in einer zweiten Marokkokrise von 1911 wiederholt wurde. Diesmal schrieb ein angesehenen Journalist in München:

Bleiben wir in Agadir, errichten wir eine Kohlenstation und tun wir möglichst viel Gutes an diesem Lande, wie es der Kaiser früher versprochen hat, und pfeifen wir auf England und Frankreich. Wollen sie wegen Agadir einen Krieg mit uns: Habeant!¹¹

Das war damals – im September 1911 – auch Steinbachs und meine Meinung. Die Inkonsequenz der Reichsregierung, die erst den „Panthersprung“ nach Agadir gewagt und dann „den Schwanz eingezogen“ hatte, erschien uns nicht ohne Grund als demütigend. Der Kaiser bewahrte den Frieden mit Recht; aber seit der Daily-Telegraphkrise von 1908¹² war offenkundig, wieviel er

1890 enger Mitarbeiter Bismarcks im Auswärtigen Amt, 1878 Sekretär des Berliner Kongresses. Trotz seiner untergeordneten Stellung als Vortragender Rat übte er aufgrund der von ihm geknüpften persönlichen Beziehungen auch unter den Nachfolgern Bismarcks bis zu seiner Entlassung 1906 großen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik aus.

¹⁰ Militärischer Operationsplan des deutschen Generalstabschefs (1891–1905) Graf Alfred von Schlieffen (1833–1913), fertig ausgearbeitet 1905. Er sollte das Problem des Zwei-Fronten-Krieges, mit dem sich das Deutsche Reich seit dem russisch-französischen Bündnis von 1894 konfrontiert sah, dadurch lösen, daß im Kriegsfall im Westen mit starkem rechtem Flügel eine rasche Entscheidung herbeigeführt werden sollte bei zunächst defensiver Kriegführung im Osten. Durch den schnellen Sieg über Frankreich wären die für den Krieg gegen Rußland notwendigen Kräfte freigeworden. Vgl. Gerhard Ritter, *Der Schlieffenplan. Kritik eines Mythos*, München 1956.

¹¹ Dr. Georg Hirth, *Liebe Jugend!*, in: *Jugend. Münchner Illustrierte Wochenschrift für Kunst und Leben*, Nr. 11 vom 22. 8. 1911, S. 949. Abgedruckt in den „Münchner Neuesten Nachrichten“ vom 25. 8. 1911, Nr. 396, S. 2.

¹² Im Oktober 1908 hatte der Daily-Telegraph in einem vom deutschen Auswärtigen Amt abgesegneten Artikel Äußerungen Kaiser Wilhelms II. über England und das deutsch-englische Verhältnis gedruckt, die unangenehmes Aufsehen in der britischen und in der deutschen Öffentlichkeit erregten. Unter anderem behauptete der Kaiser, er und der deutsche Generalstab hätten durch die Ausarbeitung eines Feldzugsplanes entscheidend zum englischen Sieg im Burenkrieg beigetragen. Vgl. Wilhelm Schübler, *Die Daily-Telegraph-Affaire. Fürst Bülow, Kaiser Wilhelm und die Krise des Zweiten Reiches 1908*, Göttingen 1952.

durch allzu „persönliches Regiment“¹³ und prahlerische Redensarten selbst mitschuldig war an unkluger Prestigepolitik.

Wir jungen Leute glaubten es, wenn nationale Zeitungen der Reichspolitik vorhielten, sie sei zu schwach, um berechnete deutsche Interessen wahrzunehmen. Darum glaubten wir auch 1914 in der Julikrise die längste Zeit, sie werde es schwerlich zum Kriege kommen lassen. Erst als Österreich, das die Ermordung seines Thronfolgers zu sühnen hatte, am 28. Juli militärisch gegen Serbien einschritt, gewannen wir vom Ernst der Lage den richtigen Eindruck. Daß aber in Europa „die Lichter ausgehen“¹⁴ würden, wenn es Krieg gäbe, das konnte ich mir noch nicht wirklich vorstellen, als wir am 31. Juli von Ulm nach Sachsen zurückfuhren. Von meinem Lehrer Lamprecht erfuhr ich bald darauf, daß er schwer bedrückt sei. Hans Böhme scheint es 1912 innerlich vorahnend empfunden zu haben. Als ich in Dresden nach einigen Mobilmachungstagen zuschaute, wie das kriegsstarke Leibgrenadierregiment zum Neustädter Bahnhof marschierte, um an die Westfront verladen zu werden, sah ich den König von Sachsen zu Pferde, wie er seinen Soldaten das Geleit gab, und erschrak. Ich blickte in ein Gesicht, das tiefe Bekümmernis ausdrückte. Ich erinnere mich, daß ich davon sehr bewegt war.

So nahm der Sommer 1914 eine sehr andere Wendung als der von 1913, in dem ich mich froh als neugebackener Doktor fühlte. 1913 war vielleicht das reichste Jahr, das ich erlebt habe. Des Deutschen Turnfestes in Leipzig habe ich schon gedacht. Ihm ging voran im Juni das fünfundzwanzigjährige Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelms II.; und ihm folgte im Oktober die Einweihung des Völkerschlachtdenkmals zum Hundertjahrgedächtnis der Befreiung von der Fremdherrschaft Napoleons.¹⁵ Das riesige Monument auf kursächsischem Boden war hauptsächlich errichtet zu Preußens Gloria. Beim Regierungsjubiläum feierte man am meisten den immensen materiellen Aufschwung des neuen Reiches. Heinrich Rippler¹⁶, der Herausgeber der „Täglichen Rundschau“, schrieb

¹³ Unter dem Begriff des „persönlichen Regiments“ ist die Absicht Wilhelms II. zusammengefaßt, nach der Entlassung Bismarcks 1890 keine starke Persönlichkeit als Reichskanzler zu dulden, sondern der Politik des Reiches den kaiserlichen Stempel aufzudrücken. Durch diese auch öffentlich kundgetane Absicht und durch Eingriffe in den Geschäftsgang innerhalb der Ministerien schien er Kanzler, Staatssekretäre und Minister auf den Rang von Handlangern herabwürdigen zu wollen, was er jedoch letztlich wegen seines unsteten Wesens und der Unfähigkeit zu konzentrierter Arbeit nicht in die Tat umzusetzen vermochte. Vgl. Fritz Hartung, *Das persönliche Regiment Kaiser Wilhelms II.* Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 3 (1952).

¹⁴ Ausspruch des englischen Außenministers Lord Grey of Fallodon anlässlich des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, überliefert in seinen Memoiren: „Die Lampen gehen in ganz Europa aus, wir werden sie in unserem Leben nie wieder leuchten sehen.“ (Lord Edward Grey, *Fünfundzwanzig Jahre Politik 1892–1916*, 2 Bde., München 1926, Bd. 2, S. 18).

¹⁵ Napoleon I. (1769–1821), Kaiser der Franzosen 1804–1814/15.

¹⁶ Heinrich Rippler (1866–1934), Politiker und Journalist, 1896–1922 Leiter der „(Berliner) Täglichen Rundschau“, 1920–1924 Mitglied des Reichstages (DVP).

am festlichen Tage, dem 15. Juni: „Kaiser Wilhelms Regierungsjahre werden in der Geschichte immer (...) als eine Blütezeit auf allen Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit verzeichnet stehen.“ Rippler war von Haus aus katholischer Bayer, war aber Protestant und ein Nationalist preußischen Zuschnitts geworden.

[...]¹⁷

Vom August bis zum Dezember 1914 blieb ich Lehrer am Gymnasium in Zwickau. Die Weihnachtsferien waren für mich und meine Schwestern sehr trübe, weil unsre Mutter sehr krank wurde und bald offensichtlich zum Sterben kam. Gerade als sie am 6. Januar 1915 verschied, erreichte mich der Gebotungsbefehl des Bezirkskommandos Zwickau zum 9. Januar. Mir blieb nichts übrig, als um Verschiebung zu bitten, wenigstens bis meine Mutter begraben war. Das wurde bewilligt. Nach der Trauerfeier reiste ich von Dresden nach Zwickau zurück, um meinen Schuldienst wieder aufzunehmen. Aber schon zum 21. Januar wurde ich wieder einberufen; nur wurden die Rekruten dieses Termins nicht wieder dem Zwickauer, sondern dem Chemnitzer Ersatztruppenteil zugeführt. Ohne mein Zutun kam ich auf diese Weise in das Rekrutendepot des Chemnitzer Infanterieregiments Nr. 104, das unter dem Befehl des Hauptmanns der Reserve Hugo Böhme stand, und fand unter den Kameraden meinen Freund Hans Böhme, der auch zum 21. Januar eingezogen worden war. Nach dem ersten Appell stellte ich mich dem Hauptmann vor und wurde von ihm mit großer Freude willkommen geheißen. Er sorgte dafür, daß sein Sohn und ich derselben Korporalschaft (unter dem Unteroffizier Krautstrunk) zugeteilt wurden. Die Abzeichen des Einjährig-Freiwilligen legten wir nicht an und wurden, wie alle übrigen, für die ersten Ausbildungswochen in den Mannschaftsstuben untergebracht. Später durfte ich mir außerhalb der Kaserne ein Zimmer mieten. Schon Anfang März wurde das ganze Rekrutendepot nach Frankenberg verlegt. Auch dort aber wurde mir erlaubt, ein ziviles Zimmer im Hause eines Kaufmanns zu beziehen. Inzwischen hatte ich mich an das Soldatendasein gewöhnt und erlebte in Frankenberg ganz angenehme Frühlingswochen. Über Ostern gab es einige Tage Urlaub, in dem ich zu meiner Schwester Grete nach Dresden fuhr.

Am gleichen Tage wie ich, am 27. März, feierte Frau Böhme ihren Geburtstag, und wenige Tage darnach, am 2. April 1915, wurde die Tochter Hanna siebzehn Jahre alt. Zur Feier oder Nachfeier dieser Tage kamen Mutter und Tochter zu einem Besuch ihres Vaters nach Frankenberg. Daher geschah es, daß auch ich mehrmals wieder zu Begegnungen mit der Hanna Böhme gelangte. Ich machte wieder die Erfahrung, daß mein Freund und nunmehriger Kamerad Hans darüber nicht glücklich war. Er sah es nicht gern, daß seine Schwester anscheinend mir zugeneigt war. Ich selbst forderte seine Eifersucht, oder was es sonst war, nicht heraus. Denn ich war nicht gewillt, wenn

¹⁷ Auslassung: 5 Seiten. Weitere Ausführungen über Ripplers Jubiläumsartikel. Bemerkungen über die Bedeutung der Konfession für die geistige Grundlage des alten Reiches, über den Dreibund und die deutsche Außenpolitik im Kaiserreich.

man mich demnächst zur Front schicken werde, daheim eine Braut zurückzulassen. Noch paßte eine solche Verbindung, wie ich meinte, nicht gut in die Ungewißheit meiner Lebenspläne. Allerdings war mir bewußt, daß die Hanna an mich denken werde, wenn ich an der Front wäre.

Es dauerte auch nicht mehr lange, da wurde unter Führung eines Unteroffiziers eine Gruppe unsres Depots felddienstmäßig ausgerüstet. Sowohl Hans Böhme wie ich gehörten dazu. Meiner Erinnerung nach war es am 24. April, als uns die Eisenbahn nach Westen trug. Ich sah den Rhein im Mittellauf wieder, den ich im vorigen Jahre am Oberlauf kennengelernt hatte. Die Fahrt ging weiter über Luxemburg und Metz bis zur Grenzstation Deutsch-Avrincourt. Damit waren wir schon an der lothringischen Front. Es folgte ein Fußmarsch nach Blâmont und dann durch einige zur Front gehörige Dörfer bis Montreux. Dort kamen wir an als Ersatzmannschaften der 1. Kompanie des Ersatzinfanterieregiments Nr. 40. Nach der ersten Nacht im Massenquartier erfolgte eine ärztliche Untersuchung; und da stellte sich heraus, daß Hans Böhme wegen seines unzulänglichen Gehörs wieder nach Frankenberg zurückgeschickt wurde. Er wurde also nicht im Felde mein Kriegskamerad. Ich wurde einer Gruppe unter einem Gefreiten zugeteilt. Er kommandierte „Ohne Tritt marsch“ in den Schützengraben zum zuständigen Unterstand. Die Stellung lag im Walde und war, wie sich bald herausstellte, wenig lebensgefährlich. Ich war an einen ruhigen Frontabschnitt gekommen. Der Dienst bestand im wesentlichen darin, daß wir in zwei Nächten auf eine offene Wiese hinausmußten, um dort gegenüber der französischen Stellung einen „Schützenschleier“ zu bilden. Am dritten Tage wurden wir abgelöst und in Montreux einquartiert. So ging es im Turnus dann weiter. Manchmal wurden wir mit französischem Artilleriefeuer bedacht, vor dem wir in den Unterständen ausreichend geschützt waren. Verluste gab es längere Zeit hindurch überhaupt nicht. Dieser „Krieg“ in der festen Grabenstellung führte bei mir zu körperlichem Wohlbefinden wie in einer Sommerfrische im Walde. Einmal fand ich betrübt, daß ein Mann von einer andern Kompanie, die durch unsre Stellung hindurch ablöste, am Gewehrstand seine Knarre gegen die meinige abgetauscht hatte. Er hatte es offenbar satt gehabt, bei den Gewehrdurchsichten immerfort „aufzufallen“, weil sein Flintenlauf stark verrostet war. Ich mußte feststellen, daß die für mich zurückgelassene Waffe etwas „um die Ecke“ schoß. Mir blieb nichts übrig, als das bei den Vorgesetzten zu melden. Ein gutes Gewehr bekam ich nicht wieder. Hatte der Gewehrräuber vielleicht eine Ahnung, daß man bei mir das schlechte Schießzeug durchgehen ließ?

Ich wurde beim Bataillonsstab von vornherein als Offiziersanwärter angesehen. Man beförderte mich schon bald zum Gefreiten und sozusagen in Rekordzeit zum Unteroffizier. Ich wurde per Bataillonsbefehl zur Schreibstube in Montreux beordert, wo man mir die angenehme Kunde mitteilte und mich zur Schneiderstube schickte, wo mir die Unteroffizierstressen angenäht wurden. Ich wurde auch sofort zum Führer einer Gruppe gemacht. Am Verhältnis zu meinen Kameraden, Leuten aus dem Volke vom Erzgebirge und Vogtland, änderte sich nichts. Ich stand mit den Mannschaften wie mit den Vorgesetzten

gut. Mein bester Kamerad war der Gefreite Helmut Rose aus Chemnitz, ein Einjähriger, der nicht weiter befördert wurde, weil er – Jude war. Ich stieß mich daran natürlich nicht und habe die ungerechte Behandlung sehr bedauert. Rose fühlte das und belohnte es durch starke Sympathie zu mir. Es war noch ein Vizefeldwebel aus Leipzig da, der wie ich Offiziersanwärter war. Er gehörte zur Leipziger Reformierten Gemeinde. Mit ihm und dem Juden konnte ich ausgiebig über religiöses Gemeindeleben und kirchliche Fragen diskutieren. Als der Vizefeldwebel Leutnant wurde, hatte er freilich für den Austausch mit mir oder gar mit Rose nichts mehr übrig. Mir war an meinem Anwärterstand die bequemere Existenz natürlich willkommen. Über die negative Seite der Offiziersgesinnung war ich mir aber auch klar. Einmal tauschte die 1. Kompanie ihren Grabenabschnitt mit dem einer andern Kompanie. Da war nachts ein vor dem Walde gelegenes verlassenes Mühlengrundstück zu besetzen, das auf der Generalstabskarte „Battant des Meules“ genannt wurde. Bei Tage schaute man von hier aus über offenes Feld in geringer Entfernung auf das lothringische Städtchen Badonviller, nach dem der durch Hitler berühmt gewordene „Badenweiler Marsch“¹⁸ heißt. Es lag aber innerhalb der französischen Stellung; da konnte man nicht hinüber. Im Walde aber konnte man, wenn die Franzosen nicht schossen, ganz gut spazierengehen. Nach einiger Zeit wurde ich wieder durch Bataillonsbefehl nach Montreux berufen. Man überreichte mir wegen meiner „Tapferkeit“ auf Patrouillengängen das Eiserne Kreuz zweiter Klasse.¹⁹ Es geschah wohl deshalb, weil geplant war, mich zu einem Kurs für Offiziersanwärter abzukommandieren, bei dem ich mit dem schwarzweißen Bande im Knopfloch bessere Figur machen sollte.

Der Kurs fand ein gutes Stück hinter der Front in dem schönen Städtchen Andlau im Elsaß statt. Als ich mich in der Schreibstube meldete, merkte ich gleich, daß hier die militärische Disziplin auf ein Mindestmaß reduziert war. Der Kommandeur des Kurses informierte uns Anwärter – lauter Unteroffiziere und Vizefeldwebel – in einer Eröffnungsansprache dahin, daß der Kurs, der fünf Wochen dauerte, auch unserer „Erholung“ dienen sollte. Man legte Wert darauf, daß wir schon Offiziersgamaschen trugen, und richtete uns zur Verköstigung ein Kasino ein, in dem uns die katholischen Schwestern eines Klosters in der Stadt die Mahlzeiten kochten. Sie machten uns statt des Feldküchenessens wunderbare Braten. Dazu gab es aus dem Klostergarten Gemüse und ein Glas Wein. Die Kursoffiziere wollten sich überzeugen, ob sich die zukünftigen Kameraden bei Tisch benehmen könnten. In Instruktionsstunden wurden wir

¹⁸ Der Badenweiler Marsch, komponiert vom Musikmeister Georg Fürst, war der Lieblingsmarsch Hitlers. Die französische Stadt Badonviller wurde im Ersten Weltkrieg vom bayerischen Leibregiment gestürmt (12.8.1914).

¹⁹ Das Eiserne Kreuz war eine 1813 von Friedrich Wilhelm III. von Preußen für die Dauer der Befreiungskriege gestiftete Kriegsauszeichnung für alle Dienstgrade. Die künstlerische Ausführung stammt von Schinkel. 1870/71 und 1914–1918 wurde es jeweils für die Dauer des Krieges erneuert. Die Verleihung erfolgte für außerordentliche Tapferkeit, vor allem vor dem Feind oder für hervorragende Truppenführung.

von einem Leutnant aus Plauen im Vogtland fast ausschließlich darüber belehrt, wie ein Offizier sich zu kleiden und wie er mit seinen Handschuhen umzugehen habe. Mir sagte er damit nichts Neues, denn wofür hatte ich denn meine studentische Couleurerziehung durchgemacht! Beim Exerzieren mußten wir reihum zeigen, ob wir kommandieren könnten. Das konnte ich mühelos, denn ich hatte in Jena ausgiebig gelernt, eine Kneiptafel in Ordnung zu halten und einen Salamander²⁰ zu kommandieren. Bei den Felddienstübungen ging es gemütlich zu. Einmal rückten die verschiedenen Abteilungen, als sie fanden, es sei genug, ohne Befehle abzuwarten, willkürlich in das Städtchen Barr ein und verteilten sich dort auf die Wirtshäuser. Das ging dem Kurskommandeur aber doch zu weit. Er ließ die Kursteilnehmer aus den verschiedenen Schenken herausholen und hielt beim Appell eine Strafrede. Aber die Felddienstübung wurde nicht fortgesetzt; es folgte nur ein gemütlicher Rückmarsch nach Andlau. Sonntags war dienstfrei. Ich benutzte diese Tage zu stundenweiten Ausflügen ins Andlauer Vogesental hinein bis in die Gegend des Donon, wo man von der Front her das Geschützfeuer hörte. Auch nach Schlettstadt machte ich einen Ausflug und besichtigte die Stadtkirche. Andlau, Barr und Schlettstadt – ich wäre gern einmal nach Straßburg gefahren, aber das ging nicht. Ich genoß die Landschaft mit ihren Rebenhängen und fand auch ein paarmal Gelegenheit, vom elsässischen Volk etwas kennenzulernen. Die Landleute und unsre Klosterschwestern hatten keine französischen Sympathien. Eine Rückkehr in die laisierte Pariser Republik war den elsässischen Katholiken keineswegs besonders erwünscht. Als der Kurs nicht mehr verlängert werden durfte, waren wir betrübt. Es waren schöne Sommerferien gewesen.

Zu meiner Überraschung ging das angenehme Leben noch eine Weile weiter. Die 19. Ersatzdivision war gerade von einer andern abgelöst worden. Ich traf mein Regiment 40 in Ruhestellung in Vallérysthal. Ich kam in ein Bürgerquartier bei französisch sprechenden Damen in ein Zimmer zusammen mit dem Gefreiten Rose. Da konnten wir unsern Gedankenaustausch wieder aufnehmen. Bald aber mußten wir wieder vor in die Schützengräben. Die Division bezog die alten Stellungen; aber meine Kompanie kam nicht wieder nach Montreux, sondern in den „Bois des Haies“ mit Standquartier im Dorfe Montigny. Vorher wurden wir noch einen Tag nach Cirey geschickt zur „Entlausung“. Hätten wir nur einen einzigen Tag länger in Vallérysthal gelegen, so wären [wir] abgezogen und in die Sommeschlacht²¹ geworfen worden. Einem der

²⁰ Der Ursprung der Bezeichnung ist ungeklärt und umstritten. Der Salamander wird zu Ehren einer Persönlichkeit gerieben, d.h. die gefüllten Gläser werden auf Kommando auf dem Tisch gerieben, ausgetrunken und, nachdem man mit ihnen auf dem Tisch getrommelt hat, gleichzeitig niedergesetzt.

²¹ Die Sommeschlacht von Juli bis November 1916 war die größte Materialschlacht des Ersten Weltkriegs. Mit einer gewaltigen artilleristischen Überlegenheit versuchten England und Frankreich 5 Monate lang erfolglos die deutsche Front zu zerschlagen. Von 2,5 Millionen Mann verloren Engländer und Franzosen 700 000. Die deutschen Verluste beliefen sich auf 500 000 von 1,5 Millionen Soldaten.

Regimenter unsrer Division passierte das; aber wir Vierziger waren gerade schon wieder an der alten ruhigen Front. Wir erfuhren den Zusammenhang der Dinge erst später. So blieb es mir erspart, in die Materialschlacht an der Somme hineinzugeraten. Wir hatten im Bois des Haies nur Patrouillengänge bis vor die gegenüberliegende französische Stellung zu machen.

Es war Herbst geworden. In den Morgenstunden des 22. November hatte ich mit meiner Gruppe Wache im Schützengraben zu halten. Dabei wälzte ich in meinem Kopfe den Gedanken: Wie lange wirst du noch ein Rädchen bleiben in der großen Kriegsmaschine? Es war wie ein Omen, daß mich gerade an diesem Morgen dieser Gedanke nicht losließ. Denn es sollte noch am gleichen Tage mit dem Rädchen zu Ende gehen. Am Nachmittag hatte ich eine Patrouille zur Beobachtung der französischen Stellung zu führen. Ich sah ein Schützenloch hinter dem ersten Draht, in dem ein französischer Posten stand. Als ich aus dem Gesträuch, das mich deckte, herauskroch, schoß der Franzose. Er durchschloß mir den linken Oberschenkel. Der große Knochen war völlig zerschmettert, aber die Schlagader nicht getroffen: Das war mein Glück. Ich konnte unter das Gesträuch zurückkriechen, und meine Leute holten mich und schleppten mich bis zu unserm Schützengraben zurück. Ich blieb bei vollem Bewußtsein. Bei dem mühsamen Transport vom Graben bis ins Dorf Montigny erlitt ich starke Schmerzen. Der Bataillonsarzt untersuchte und versorgte mich. Ich konnte sogar ein paar Löffel des Feldküchenessens zu mir nehmen. Dann fuhr man mich in einem Wagen ins Feldlazarett nach Blâmont. Der dortige Arzt sagte, es sei das Beste, mich gleich weiterzuschaffen, stundenweit, bis ins Reservelazarett Saarbürg, wo man mich gleich operieren könnte, wenn ich mir zutraute, so lange auszuhalten. Ich traute mir's zu. Der Arzt selbst fuhr mit, um mich persönlich abzuliefern, aber ich hatte wieder starke Schmerzen auszuhalten. Es mag 10.00 Uhr abends gewesen sein, als wir ankamen. Aber dafür kam ich sofort auf den Operationstisch: Es stand schon alles bereit. Ich kam in Narkose, und nun hätte ich sterben oder amputiert werden können; ich hätte nichts davon bemerkt.

In der Tat hatte man Sorge, mir das Bein abnehmen zu müssen. Aber zunächst ließ man es dran. Und wirklich, die gefährliche Blutung kam zum Stehen. Der Lazarettgehilfe, der mich bewachen mußte, sagte mir später, man hätte mein Blut als so gut befunden, daß man hoffen konnte, mir die Amputation zu ersparen. Als ich am nächsten Morgen aus der langen Narkose erwachte, war die größte Gefahr vorbei. Der operierende Arzt hatte vorzüglich gearbeitet, und meine gute Konstitution hatte mich gerettet. Ich mußte wochenlang einen Streckverband erdulden, aber ich behielt mein Bein. Dafür muß ich dem Stabsarzt – ich weiß seinen Namen nicht mehr – von ganzem Herzen dankbar sein und dem Pflegepersonal des Saarbürger Lazarets ebenfalls. Die für mich zuständige Krankenschwester soll, wie mir später gesagt wurde, eine polnische Gräfin gewesen sein. In der Tat merkte ich an einer Ansichtskarte, die sie mir später mal schrieb, daß sie den schriftlichen Ausdruck der deutschen Sprache nicht beherrschte; mündlich hatte ich nichts davon gemerkt.

Wir waren acht Kriegsverletzte im Zimmer. Einer davon wurde nach einiger Zeit hinausgetragen, weil er im Sterben lag und nicht bei uns im Zimmer sterben sollte. Ein anderer weinte, als ihm ein Bein abgenommen worden war. Ich sah bei ihm mit an, welches Schicksal ich hätte haben können, und wie gnädig ich bewahrt worden war. Noch ein anderer war ein sehr sangesfreudiger Stuttgarter, der uns, als es ihm besser ging, häufig erfreute, weil er wirklich eine angenehme Stimme hatte. Und endlich war da noch ein deutschsprachiger junger Lothringer, der keineswegs französisch gesinnt und sehr lustig war. Meine Lage im Streckverband war wochenlang sehr ungemütlich, aber es war tröstlich zu merken, daß mein linkes Bein doch wieder gebrauchsfähig werden würde. Gleich nach Weihnachten war es so weit, daß ich vom Streckverband erlöst wurde und mit zwei Krücken die ersten paar Schritte im Zimmer versuchen konnte. Am Weihnachtstag gab's Liebesgaben aus der Heimat. Ein sehr liebevoll gebasteltes Christbäumchen von der Hanna Böhme war darunter. Anfang Januar 1916 galt ich als transportfähig und wurde zur Verlegung in ein innerdeutsches Lazarett bestimmt.

Mein „Heimatschuß“ war gründlich genug gewesen, daß ich sicherlich nicht wieder felddienstfähig werden würde. Meine militärische Laufbahn war mit dem Unteroffizier zu Ende. Mein Feldregiment schickte mir als Abschiedsgruß noch die Friedrich-August-Medaille²² zu, damit ich zwei Bänder im Knopfloch hätte. Meine militärische Episode dauerte in der Lazarettzeit noch an. Aber ich wußte, daß ich wieder zu einer zivilen Existenz bestimmt sein würde. So bedeutete für mich der 22. November 1915 das Ende des Frontsoldatentums und die sichere Bewahrung vor dem „Heldentod“. Dem Schicksal, an die Somme front zu kommen, war ich vorher schon entgangen. Der „Heimatschuß“ hatte mich an der ruhigen Lothringer Front getroffen. Ich empfand das alles als eindeutige gnädige Führung und Fügung. Ich war kein „Rädchen“ in der Kriegsmaschine geblieben. Der wahre Mensch soll sich bewußt werden, daß er berufen ist, Individualität zu sein. Daß mir dieses gerade am Morgen vor meiner Verwundung fast überstark auf die Seele gefallen war, das schien mir providentiell zu sein, weit mehr als ein bloßer Zufall. An der Front hatte ich begriffen, daß man zum Opfer prädestiniert sein oder aber zur Bewahrung und individuellem Dasein aus der Masse herausgenommen werden kann.

Mein Freund Hans Böhme war zum Opfer bestimmt. Ihn hatte man Ende April 1915 in Montreux zum Garnisondienst zurückgeschickt; mich hatte man behalten, und ich hatte Kriegsleutnant werden sollen. Ein Jahr später stellte man keine so großen Ansprüche an die Felddienstfähigkeit mehr. Man schickte ihn wieder nach Frankreich, und gegen Ende des Sommers

²² Eine für Unteroffiziere und Soldaten, die sich vor dem Feind ausgezeichnet hatten, 1796 gestiftete Verdienstmedaille in Gold und in Silber. Seit 1829 stellte sie die V. Klasse des Militär-St. Heinrichsordens dar. Die goldene Medaille war eine seltene Auszeichnung und wurde im Ersten Weltkrieg nur in 150 Fällen verliehen.

1916 erfuhr ich, daß er gefallen sei. Ich begriff jetzt, welche Ahnungen ihm 1912, als der Balkankrieg das große europäische Unglück einleitete, beigegeben sein mögen.

Der weitere Verlauf meines Lebens hat mir immer wieder bestätigt, daß ich von höherer Macht behütet war. Wie hätte ich so stumpf sein können, das nicht zu merken? Wie hätte ich zum „Atheisten“ werden können? Ich war es nie, nicht einmal in den Jahren der Freundschaft mit Walter Jähne, als ich „Monist“ zu sein glaubte. Ich hatte mich aus gedanklicher Notwendigkeit schon seit 1912 dem Christentum immer mehr genähert. Nicht aus Sentiment, sondern aus einer Art von logischer Einsicht. Man kann erleben, was Wahrheit ist, wenn es einem gegeben wird. Das ist es, was das Neue Testament meint, wenn es von der „Wahrheit“ redet, die Jesus Christus „ist“.

Als ich Lehrer geworden war, habe ich das, was ich meinen Schülern vorzuleben und zu lehren hatte, „Individualismus“ genannt. Diesen Begriff entnahm ich dem Fronterlebnis und meiner Befreiung von diesem. Unbeschadet jenes Begriffs wußte ich aber auch, was echter „Kollektivismus“, nämlich Korpsgeist ist. Das verdankte ich aber nicht dem Militär, sondern der studentischen Korporationserziehung. Ich war im Jenenser Paulus nicht bloß „Amboß“ geblieben, sondern auch „Hammer“ geworden. Im Kampf gegen die Fechtmode gehörte ich zu denen, die der Verbindung ihre Form und ihr Gepräge verliehen. Dieses Bewußtsein ging mir in meinem „Individualismus“ nicht verloren. Ich war schon lange vor dem Krieg nicht mehr in Versuchung gewesen, ein „Freistudent“ zu werden. Ich kannte und schätzte sehr wohl die „Meißnerformel“²³ von 1913:

Die Freideutsche Jugend will ihr Leben vor eigener Verantwortung, nach eigener Bestimmung in innerer Wahrhaftigkeit selber gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen geschlossen ein.

Ich aber fand, daß man um dieser „inneren Freiheit“ willen nicht „jugendbewegt“ zu werden brauchte. Ich hatte sie mir innerhalb der Jenaer Sängerschaft erworben, indem ich ihr ein solches Gepräge geben half, daß ich ihr mit „innerer Wahrhaftigkeit“ angehören konnte. Der Zusatz, den man der Formel vom Hohen Meißner gab: „Alle Veranstaltungen der Freideutschen Jugend sind alkohol- und nikotinfrei“, gehörte zur „inneren“ Freiheit nicht. Er bedeutete die Unterwerfung unter ein äußerliches Joch. Dies den Jugendbewegten

²³ Anlässlich der Jahrhundertfeier der Völkerschlacht von Leipzig trafen sich Gruppen und Bünde der Jugendbewegung am 11. Oktober 1913 auf dem Hohen Meißner, einem Basaltberg bei Kassel, zu einem „Freideutschen Jugendtag“. Auf einer Festwiese wurde Sport getrieben und Kampfspiele, Volkstänze und ein Sängerwettstreit veranstaltet. Ein Programmausschuß hatte zuvor kulturpolitische Ziele formuliert, die auf eine innere Erneuerung des deutschen Volkes hinauslaufen sollten. Die Meißnerformel ist vor allem Ausdruck für das Leitbild der „Selbsterziehungsgemeinschaft“.

unter meinen Schülern klarzumachen, habe ich später nie versäumt. Hier liegt eine notwendige Grenze des „Individualismus“ nicht.

War es „Zufall“, daß ich achtzehn Jahre später wieder am 22. November noch einmal an einem entscheidenden Wendepunkte meines Lebens stand? Am 22. November 1933 teilte mir der Rektor des Freiburger Gymnasiums am Telefon mit, daß das Kultusministerium in Dresden mich an das Zwickauer Realgymnasium zu versetzen gedenke. Es war eine Maßregelung wegen meiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus, und mir war klar, daß ich mit „innerer Freiheit“ nicht an diese andere Schule gehen würde. So faßte ich an diesem Tage den Entschluß, lieber mein Lehramt niederzulegen.

Hier muß ich zur Bedeutung des 22. Novembers in meinem Leben noch eine zusätzliche Bemerkung machen. Als ich 1924 im Frühling mit meiner Frau zum ersten Male in Rom war, hatten wir in der Caecilienkapelle der Callistus-Katakombe einen sehr starken Eindruck von dem Marmorbild der Märtyrerin Caecilia²⁴, vermittelt durch die Erzählung eines jungen deutschen Trappistenpaters, der unser Führer durch die unterirdischen Gänge war: wie man den Leib der römischen Jungfrau nach mehr als tausend Jahren unverwest gefunden habe. Ob das geschichtliche Wahrheit oder eine Legende ist: Mich und auch die Hanna bewegte jedenfalls mächtig der Gedanke, daß der Festtag der römischen Heiligen der 22. November ist. Kann es möglich sein, daß Caecilia vom Himmel her mir eine geheime Helferin zu meinem Heile ist? Nach dem Jahre 1933 erschien mir das erst recht so. Die höhere Führung und Fügung in unserem Leben ist jedenfalls für mich und die Hanna erlebte Tatsache. Ich hätte ja 1915 ebensogut auch sterben können. Statt dessen wurden wir mit wachsender Gewißheit einander zugeführt. Kann uns nicht eine klassische Heilige der alten Kirche zum Sakrament unsrer Ehe verholfen haben?

Vorerst war der 22. November der Tag, an dem sich der Zutritt zu meinem fernerem bürgerlichen Leben wieder aufgetan hatte. Am 4. Januar 1916 wurde ich auf einer Bahre zum Lazarettzug von Saarburg nach Innerdeutschland gebracht. Bei einem längeren Halt in Karlsruhe wurden die Verwundeten im Zuge von der Großherzogin-Mutter Luise von Baden²⁵, der Tochter Kaiser Wilhelms I.²⁶, besucht. Sie war von einem Lakaien begleitet, der ein Tablett mit vielen kleinen Blumensträußchen trug. Eins davon legte sie mir aufs Bett und sagte dabei, der König Friedrich August habe sie beauftragt, alle Sachsen unter den Verwundeten von ihm zu grüßen. Dieses Wort der alten Dame konnte man getrost als eine echte Aufmerksamkeit empfinden. Die Fahrt

²⁴ Der Legende nach wurde Caecilia mit ihrem Verlobten und dessen Bruder 230 n. Chr. enthauptet, nachdem man vorher vergeblich versucht hatte, sie im Bade zu ersticken. Ihre Verehrung setzte mit dem 5. Jahrhundert ein. In S. Callisto soll die erste Grabstätte der Heiligen gewesen sein. Die Gestalt der Jungfrau und Märtyrerin ist historisch jedoch nicht belegt.

²⁵ Luise, Großherzogin von Baden geb. Prinzessin von Preußen (1838–1923).

²⁶ Wilhelm I. (1797–1888), 1861–1888 König von Preußen, 1871–1888 Deutscher Kaiser.

ging dann weiter über Stuttgart durch halb Württemberg. An vielen Stationen wurden Gruppen von Verwundeten ausgeladen. Mich nahm der Zug ziemlich weit mit, bis nach Ellwangen. Hier wurde ich mit abgesetzt und durch das Städtchen gefahren bis ins Reservelazarett des Roten Kreuzes. Es war ein Haus der Franziskanerschwestern, die im benachbarten Stadtkrankenhaus Dienst taten. Im Lazarett stellten die Franziskanerinnen nur die Oberschwester Siena und die Leiterin der Küche. Den Dienst an den Verwundeten taten freiwillige Rotkreuzschwestern, das heißt Mädchen aus den Bürgerkreisen der Stadt, mit denen ich leicht sehr bald in gute freundschaftliche Beziehungen kam. Die Mehrzahl war katholisch: meist mit „Schwester Maria“ – „Maria von eins bis tausend“ – anzureden; nur zwei oder drei waren evangelisch. Da ich bald nicht mehr bettlägerig war, nach einiger Zeit sogar mit zwei Stöcken auf die Straße gehen konnte, entwickelte sich der angenehmste gesellschaftliche Verkehr bis hinein in die Familien der netten Mädchen. Der das Krankenhaus und das Lazarett leitende „Oberamtsarzt“ Dr. Gnant behandelte mich ganz als Offiziersanwärter. Ich kam in ein vom Krankensaal abgetrenntes kleines Sonderzimmer, mein „Käfele“, und wurde von den „Schwestern“ bald gewaltig verwöhnt. Es war ein Dasein, in dem ich mich schnell erholte. Ursprünglich hatte ich die Absicht, mich nach Sachsen verlegen zu lassen. Bald aber blieb ich mit Vergnügen ein volles halbes Jahr: in den letzten Monaten kaum noch als wirklicher Patient, sondern als eine Art Feriengast, den man mit in die Konditorei nahm und mit dem man Ausflüge unternehmen konnte. Erst am 4. Juli wurde ich von Dr. Gnant zum Ersatzbataillon nach Sachsen entlassen.

Ich kann das Ellwanger Halbjahr von 1916 vergleichen mit dem Sommersemester 1911 in Bonn. Beide waren Ferienpausen meines Lebens auf den Inseln der Seligen. In Bonn beruhte die Hochstimmung darauf, daß ich das feste Ziel meines Studiums und gute neue Freundschaften gewann; in Ellwangen darauf, daß ich ein sicheres Fundament des Glaubens erkannte und erlebte, was man durch die Mädchen gewinnen kann. Die Ellwanger Mädchen, die für mich Bedeutung hatten, waren alle katholisch: Maria Walter, Maria Heid und Hanna Bond. Besonders an den beiden Marien erlebte ich das Katholischsein im Alltag wie am Festtag, zum Beispiel in der „Auferstehungsfeier“ in der schönen romanischen Stiftskirche der ehemaligen Fürstpropstei, zu der mich die „Rotkreuzschwestern“ mitnahmen. Es war noch die Zeit, wo Ostern in der „Karsamstagsliturgie“ mit anschließender „Bescherung“ im Lazarett erlebt wurde. Ich ging sonntags, weil wir ja sonst nichts zu tun hatten, regelmäßig in die Kirche, sowohl in die Stiftskirche wie zum evangelischen Gottesdienst in der ehemaligen Jesuitenkirche. Die württembergische Landeskirche nannte sich zwar lutherisch, aber ihr Gottesdienst glich stark dem reformierten, war weit mehr bloß Predigtveranstaltung als der heimische in der sächsischen Landeskirche. So fiel der Vergleich bei mir unwillkürlich zugunsten des Katholizismus aus. Glücklicherweise brauche ich das, was ich am Ende dachte, nicht bloß aus meiner Erinnerung zu

schöpfen, sondern kann es dokumentarisch belegen mit einer Aufzeichnung „Katholische Kirche und protestantisches Religionsprinzip“, die vom 7. Juni 1916 datiert ist²⁷:

Nach protestantischer Auffassung machen Gedanklichkeit, Sittlichkeit, jedenfalls „Innerlichkeit“, Gewissensbeziehungen zu Gott, das Wesen der Religion aus. Der Protestantismus wirkt durch Bücher, durch religiöse Literatur, durch die Bibel und durch die Predigt. Eine Kirche als Heilsanstalt ist auf dieser Grundlage eigentlich unmöglich. Nur eine Kirche als Gemeinschaftsversammlung kann bestehen.

In der katholischen Kirche hingegen erlebt man die Religion in sinnenfälligen Erscheinungen. Nicht Gott unmittelbar vergibt dem Menschen, der in seinem Gewissen bereut, die Sünden, sondern er läßt sich vertreten von dem geweihten Priester. Im Altarsakrament wird Christus körperlich gegenwärtig. Menschen, Dinge, Handlungen, nicht Gedanken, vermitteln das Heil. Die Sinnlichkeit der Sakramente ist die Grundlage des Kirchentums, nicht die bürokratische Hierarchie. Predigt, Literatur und Bibel sind gut, aber nicht wesentlich. Für das katholische Prinzip spricht erstens das Vorbild Jesu, der wesentlich nicht durch seine Predigt, sondern durch seine Christustaten und seinen Tod wirkte, und zweitens die Irrationalität der Welt. Dieses Zweite betonte ich damals in mehr zugespitzter Weise als später, wo ich schärfer die Logik erkannte, die in den Tatsachen ist. Man kann zwar behaupten, daß Frömmigkeit und Tugend zuletzt im Leben den Sieg behielten; aber in Wahrheit unterliegen sie allzu oft. In tausend Fällen hilft Gott dem Rechte und der Wahrheit nicht zum Sieg, sondern Unrecht und Lüge triumphieren. Gott geht Wege, die wir nicht begreifen, und es ist eine Torheit, von ihm zu fordern, daß Sittlichkeit für ihn verbindlich sei. Mit dieser Einsicht wandte ich mich bewußt gegen Kant und seine Religion „innerhalb der Grenzen der reinen Vernunft“. Gott ist keine Idee und kein Ideal, sondern eine für jedes Menschenmaß unbegreifliche Person. Er hat die Welt so eingerichtet, daß Mammon und Sünde zwar von Gott wegführen, aber doch zum Bestande der Welt notwendig sind. Der Fromme muß wissen, daß Gott ihm möglicherweise nicht hilft. Der Glaube darf sich durch Leiden, Unterliegen und Gottverlassenheit nicht erschüttern lassen; er muß zu jedem Opfer bereit sein; er muß Gott treu bleiben, auch wenn die Welt schlecht ist, vielleicht sogar schlecht sein muß. Er weiß um die Unbegreiflichkeit Gottes und glaubt doch. Darum ist das Kreuz sein Symbol. Ich berief mich dabei auf Hiob²⁸ in der Bibel, auf Immermanns²⁹ Merlin³⁰ und Nietz-

²⁷ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Unveröffentlichtes Manuskript.

²⁸ Gestalt und gleichnamiges Buch des Alten Testaments. In Form eines Gesprächs Hiobs mit Freunden und später mit Gott werden der Sinn des Leidens und die Frage nach der Gerechtigkeit Gottes erörtert.

²⁹ Karl Immermann (1796–1840), Dichter.

³⁰ Karl Immermann, Merlin. Eine Mythe, Düsseldorf 1832.

sches³¹ Dionysos.³² Opfer ist Sinn und Gesetz alles Lebendigen; darum auch des Menschendaseins. Die „imitatio Christi“ kann nicht darin bestehen, sein Leben „nachzuahmen“, sondern seiner Opferbereitschaft konform zu werden.

Und das ist nun die Bedeutung und Wahrheit der katholischen Liturgie, daß sie in der heiligen Messe das Opfer Jesu aus seiner geschichtlichen Einmaligkeit in die Permanenz und Zeitlosigkeit des Kultus erhebt. Also verkündet die Messe den wahren Sinn des Lebens.

Es ist protestantisch, mit Gott durch Wissen und Gewissen fertig werden zu wollen. Und es ist hingegen katholisch, darauf zu verzichten, und dafür Gott körperlich in der Gestalt der Sakramente unter uns zu stellen. Er ist uns gegenwärtig im Taufwasser, im Salböl, als Hostie, im Priester und sogar zum Beispiel auch im Ehegatten, denn auch die Ehe ist ein Sakrament. Ist Gott nur unbegreiflich, so ist er uns doch durch die sichtbaren Sakramente verbürgt. An der Hand dieser Zeichen braucht man an Gott nicht irre zu werden.

Ich halte diesen Weg für richtiger als den protestantischen. So leicht der Sakramentskultus veräußerlichen kann, so hat er – richtig verstanden – doch einen viel tieferen Wahrheitsgehalt als der protestantische Glaube an Idee und Ideal, der den Fehler hat, daß er nicht wahr ist.

Jesus selbst war Gott treu ohne Sakramente. Aber dafür wußte er sich als Gottes Sohn. Wir andern sind nicht im gleichen Sinne Gottes Kinder. Von Jesus selbst kann man sagen, daß er auf protestantische Weise Gott liebte. Aber eben das kann man schwerlich „nachmachen“. Ich sage das, obwohl ich selbst immer eine gewisse Sicherheit hatte, daß Gott mich lieb hat. Ich habe diese Sicherheit draußen im Krieg gehabt, und ich hoffe, daß ich sie behalten kann in jeder Art Glück oder Leiden, auch im Tod. Daher habe ich ein unbedingtes Bedürfnis nach sakramentaler Bürgschaft und gleichsam körperlicher Nähe Gottes bis jetzt im allgemeinen nicht gehabt. Nur den tiefen Wunsch, daß sich Gottes Nähe einmal in einem Menschen und seiner bedingungslosen Liebe verkörpern möge. Das weist mich allerdings in die Richtung des katholischen Sakraments der Ehe. Nicht die zivile oder die geschlechtliche Ehe ist das Sakrament, sondern geistige Gemeinschaft, die eine Sache für sich ist, wie anderseits die zivile und die geschlechtliche Gemeinschaft auch wieder etwas für sich sind. Man wird also, auch wenn man Sakramente gebraucht, das persönliche Liebesverhältnis zu Gott ohne Stütze suchen. Das Beste wäre vielleicht, im Schoße der katholischen Kirche auch in protestantischer Vereinzelung das Vertrauen zu Gott zu suchen. Aber eine „Kirche“ zu gründen, die als solche protestantisch sein soll, das ist widersinnig. „Kirchen“ müssen katholisch sein.

³¹ Friedrich Nietzsche (1844–1900), Philosoph.

³² In dem Begriff des Dionysos oder Dionysischen verkörpert sich die Daseins- und Geschichtsauffassung Nietzsches.

Nach meiner Überzeugung sollte also die lutherische Kirche, in die ich hineingeboren bin, Sakramentsanstalt sein wie die römische, jedenfalls aber nicht das, was die modernen Theologen aus ihr machen möchten. Das mir besonders wertvolle Sakrament der Ehe hat sie allerdings leider nicht. Ebenso ist die alte Liturgie nur in Bruchstücken erhalten geblieben, mindestens zum Teil durch die Predigt verdrängt. Das Luthertum ist ein Kompromiß zwischen Kirchentum und protestantischem Religionsprinzip. Immerhin will es aber doch noch Kirche sein. Es fehlt mir vieles, aber die Grundlage wenigstens ist noch da. Um der Treue willen muß man dabei aushalten. Andererseits hat der Katholizismus, obwohl ich seinen Wahrheitsgehalt für größer halte, viele äußere Schattenseiten: unmögliche Dogmen (z.B. die Unfehlbarkeit des Papstes³³), heidnische und geschmacklose Kulte (z.B. Lourdes³⁴- und Herz-Jesu³⁵-Bilder), hierarchische Auswüchse, so daß ich manchmal auch froh bin, nicht Katholik zu sein. Sollte freilich in der lutherischen Kirche die Sakramentsgrundlage verlorengehen und die kirchenauflösende liberale Theologie zur Herrschaft kommen, dann müßte ich katholisch werden.

Daß ich ein so lebendiges Bewußtsein vom sakramentalen Wesen der Ehe bekam, das verdanke ich dem Umgang mit den katholischen Mädchen in Ellwangen. Ich habe nicht daran gedacht, mich mit einer von den „Schwestern“ zu verloben, weil mir ebenso klar wurde wie ihnen, daß sich das Sakrament der Ehe nicht gut auswirken kann, wenn „das Gesangbuch nicht stimmt“. Das Luthertum mag auf legitime Weise „kursächsische“ Kirche geworden sein: Die Kirche der Schwabenmädels war es jedenfalls nicht, nicht einmal die der evangelischen Württembergerinnen, von denen mir ohnehin keine so nahestand wie die befreundeten katholischen Marien in der Schwesterntracht. Das alles wirkte sich auch dahin aus, daß ich die Hanna Böhme, an die mich offiziell noch gar nichts band, doch auch nie ganz vergessen konnte.³⁶

Im Lazarett in Ellwangen war ich bald so weit genesen, daß ich nicht mehr bettlägerig war und mich sinnvoll beschäftigen mußte. Ich schrieb schon im Ja-

³³ Das Dogma von der Unfehlbarkeit oder Infallibilität des Papstes wurde am 18.7. 1870 auf dem I. Vatikanischen Konzil definiert. Danach kann der Papst die Unfehlbarkeit, d.h. Irrtumsfreiheit für sich geltend machen, wenn er als oberster Hirte und Lehrer aller katholischen Christen einen bestimmten Lehrsatz aus dem Bereich der Glaubens- und Sittenlehre (de fide vel moribus) der ganzen Kirche als allgemein verbindliche Lehre festsetzt.

³⁴ In dem südfranzösischen heutigen Wallfahrtsort Lourdes erschien 1858 der Bernadette Soubirous (1844–1879) nach deren Bericht in einer Grotte die Jungfrau Maria und forderte an dieser Stelle die Errichtung eines Heiligtums, Prozessionen, Gebete und Bußübungen zur Bekehrung der Sünder. In der Grotte entsprang bald darauf eine Quelle, deren Wasser man heilende Wirkung nachsagt.

³⁵ Die Herz-Jesu-Verehrung geht zurück bis in die Patristik und hat ihren biblischen Ursprung in der Durchbohrung des Gekreuzigten. Die Voraussetzung für die mittelalterliche Andacht zum Herzen Jesu war die Vorstellung, daß aus dem Herzen Ströme des Heiles fließen. Das Herz-Jesu-Fest der Kirche wurde 1856 eingeführt und erlebte im 19. und 20. Jahrhundert eine starke Ausbreitung.

³⁶ Folgender Abschnitt Einfügung aus Teil II, S. 4–8, des Manuskripts.

nuar 1916 einen Aufsatz „Der internationale Gedanke“.³⁷ Ich sandte ihn an meinen Lehrer Hashagen in Bonn und erhielt die Bestätigung, daß er zur Veröffentlichung geeignet sei. Da schickte ich ihn an Friedrich Naumann, damit er in „Die Hilfe“³⁸ käme. Aber er wurde mir in Abwesenheit Naumanns von Wilhelm Heile³⁹ zurückgeschickt. Mit dem Gedanken, daß „Demokratie und Internationalismus bis jetzt in der Geschichte miteinander verbunden gewesen seien“, hätte ich dem Verfasser des Buches „Demokratie und Kaisertum“⁴⁰ nicht kommen dürfen. „In die ‚Hilfe‘ passen derartige Darlegungen jedenfalls nicht.“⁴¹ So wurde mir also klargemacht, daß die kaiserlich-wilhelminische „Demokratie“ des Naumannschen Nationalsozialismus [sic!] jedenfalls meine Sache nicht sei.

Es ist unzweifelhaft, daß Heile meinen Aufsatz gar nicht verstanden, sich wohl, ihn zu verstehen, keine Mühe gegeben hatte. Denn ich lehnte darin den rationalistischen Menschheitsbeglückungsgedanken der Aufklärung und ihrer Mitläufer als „uferlos“ ab und behauptete, daß übernationale Befriedungs- und Kulturfortschrittsgedanken nur fruchtbar gemacht werden könnten, wenn ihnen eine realpolitische Basis geschaffen worden ist: so, wie sie etwa von den Römern im „Erdrkreis“ rund um das Mittelmeer hergestellt wurde. Ich sprach die Hoffnung aus, daß Deutschland zusammen mit Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reiche durch den damaligen Weltkrieg einen mitteleuropäisch-orientalischen Staatenbund von geschichtlicher Dauer werde bilden können.

Einen Raum, einen bestimmten Raum für unsern internationalen Gedanken soll uns der Krieg vor allem geben, damit wir eine wirkliche und faßbare ‚Menschheit‘ vor uns haben, nicht mehr jenes Gedankending, das vor dem Kriege beinahe unsrer nationalen Zukunft gefährlich zu werden drohte.

Es gelte, eine begrenzte internationale Solidarität zu begründen, „die nicht in den nebelhaften Fernen des bloßen Gedankens und Wunsches verschwindet“.

Täuschen die Zeichen der Zeit nicht, so steht für unser Volk die Epoche der Bewährung vor der Tür. (...) Wir sollen wirklich Gelegenheit finden, die Kultur der Erde über den Kreis der Nation hinaus zu vermehren und die Menschheit, soviel an uns ist, vollkommener zu machen. Ein Reich nicht

³⁷ Erschienen am 8.3.1916 in Nr.10 (1916), S. 290–298, der Zeitschrift „Die Grenzboten“. Nähere Angaben auf den folgenden Seiten.

³⁸ „Die Hilfe. Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst“. 1895 von Friedrich Naumann gegründet, 1943 eingestellt.

³⁹ Wilhelm Heile (1881–1969), politischer Schriftsteller und Politiker. Seit 1912 Schriftleiter der „Hilfe“ und nach Naumanns Tod deren Herausgeber, Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1924 MdR, nach 1945 Mitbegründer der FDP in Hannover.

⁴⁰ Friedrich Naumann, Demokratie und Kaisertum. Ein Handbuch für innere Politik, Berlin 1900.

⁴¹ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Heile an Buchheim, 7.2.1916.

unsrer Herrschaft, aber unsrer Arbeit wird uns geschenkt, so daß wir nicht mehr mit unserm weltbürgerlichen guten Willen Völkern nachzulaufen brauchen, die gar nichts von uns wissen wollen, sondern denen um so mehr dienen können, die unsre Freundschaft zu schätzen wissen. Man leistet ja im Grunde viel mehr, wenn man seine Arbeit nicht verzettelt. So werden auch wir dem internationalen Gedanken auf engerem bestimmtem Raume bessere Dienste leisten als in der uferlosen Weite.

Ich ging natürlich von der politischen Erfahrung aus, in der ich herangewachsen war. Bis 1914 standen sich in Deutschland schroff gegenüber eine „Rechte“ der „nationalen“ Parteien und eine „Linke“ der „internationalen“ Sozialdemokratie. Bei Kriegsausbruch hatten sie zur Verteidigung des Vaterlands einen „Burgfrieden“ geschlossen. Daß uns dieser innere Frieden geschichtlich dauerhaft erhalten bleiben müßte, war meine politische Grundeinsicht. Dazu aber werde es sich als notwendig erweisen, daß Deutschland aufhöre, nur nationalegoistisch zu denken, daß es sich auch zu einer internationalen Aufgabe bekennen müsse. Von zentraler Bedeutung in meinem Aufsatz war die These: „Ein Reich nicht unsrer Herrschaft, aber unsrer Arbeit wird uns geschenkt.“

Offenbar hat der Herausgeber der „Grenzboten“⁴², an die ich meinen Artikel nach der Ablehnung durch Heile schickte, über die in diesem Satze gipfelnde Tendenz des Ganzen nicht hinweggelesen. Mir war in Ellwangen ein Lese-raum zugänglich gemacht worden, in dem unter vielen Periodica die „Grenzboten“ auflagen. Hier war ich auf diese alte Wochenschrift aufmerksam geworden, und es zeigte sich, daß mich Geheimrat Georg Cleinow⁴³ auf Anhieb als Mitarbeiter annahm. Der zusagende Bescheid der Redaktion trägt das Datum vom 19. Februar 1916, und in Nr. 10 vom 8. März erschien mein Aufsatz schon im Druck.

Am 26. April in Nr. 17 folgte ihm bereits die nächste mit der Redaktion vereinbarte Arbeit, die sich mit Brandenburgs neuem Buch „Die Reichsgründung“⁴⁴ auseinandersetzte. Hier sprach ich aus, daß man Bismarcks Politik nur noch als historische Leistung zu würdigen, aber nicht mehr zum Maßstab für die gegenwärtigen Aufgaben der deutschen Politik zu nehmen habe. Deutschland sei über den von Bismarck geschaffenen Rahmen hinausgewachsen, und nichts anderes als dieses Wachstum habe uns die Heimsuchung des Weltkrieges eingebracht.

Nach der Bewährung in der schweren Krise dieses Weltkriegs dürfen die Leiter unsrer Geschicke nunmehr ruhig sagen, daß sie sich das Recht auf Gewissensfreiheit gegenüber Bismarck erkämpft haben. Das ist ein großer innerer Sieg, der bisher der Allgemeinheit noch weniger zu Bewußtsein gekommen ist, als er verdient.

⁴² „Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst.“ Erschienen 1841–1922.

⁴³ Georg Cleinow (1873–1936), 1909–1920 Herausgeber der „Grenzboten“.

⁴⁴ Erich Brandenburg, *Die Reichsgründung*, 2 Bde., Leipzig 1916.

Was ich vertreten wollte, war die Auffassung, daß es nicht mehr ausreiche, die deutsche Politik in der bisher kultivierten Art des „Bismarckgeistes“ fortzusetzen, nicht mehr in der gewohnten „nationalen Gesinnung“ des Bürgertums allein, sondern daß man sich zu einer übernationalen, „internationalen“ Aufgabe bekennen müsse. Ich dachte an die Französische Revolution, die „allen Tyrannen“ der Welt den Krieg erklärte und damit eine Parole fand, die auch in anderen Völkern zündete.⁴⁵ Ich hatte auch bemerkt, wie im gegenwärtigen Kriege die englische Propaganda in der ganzen Welt Boden gegen uns gewann.⁴⁶ Wenn wir „Weltgeltung“ anstrebten, durften wir nicht „national“ nur an uns allein denken, sondern mußten „international“ etwas zu bieten haben, was wenigstens einer Gruppe von Völkern einen echten Gewinn versprach. Wir hatten Verbündete in unserm Kampfe. Damit war die Gruppe gegeben, deren Interessen wir ehrlich, so gut wie die unseren, vertreten mußten, die wir nicht enttäuschen durften.

Ich wußte wohl, daß Bismarcks Dreibundpolitik⁴⁷ zu rücksichtslos über Interessen der Bundesgenossen hinweggegangen war. Sie war ihnen gegenüber, wie zum Beispiel der „Rückversicherungsvertrag“⁴⁸ mit der Zarenregierung beweist, nicht aufrichtig gewesen. Das war keine gute „Realpolitik“ mehr gewesen. Ich faßte daher in dem Aufsatz über die „Reichsgründung“ mein Urteil dahin zusammen, daß ich sagte, Bismarcks Politik sei „mehr rückwärts gewandt als vorwärts“ gewesen. Er habe das Deutsche Reich so gestaltet, wie es nach den geschichtlichen Erfahrungen und Gegebenheiten allein möglich war (oder ihm möglich erschien).

Bismarck ist der große rückwärts schauende und in der Gegenwart handelnde Summator der deutschen politischen Vergangenheit. Es ist kein Zufall, daß er seine politische Tätigkeit als Reaktionär begann!

⁴⁵ Anspielung auf die Marseillaise, wo es heißt: „Contre nous de la tyrannie l'étendard sanglant est levé.“

⁴⁶ Zur Organisation der englischen Propaganda vgl. M.L.Sanders, Wellington House and British Propaganda During the First World War, in: The Historical Journal 18 (1975), S. 119–146.

⁴⁷ Der Dreibundvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien wurde am 20. 5. 1882 abgeschlossen und immer wieder erneuert, bis ihn Italien 1915 kurz vor seinem Eintritt in den Krieg gegen die Mittelmächte an der Seite der Entente kündigte. Er bot Italien Schutz vor Frankreich und sicherte Deutschland militärische Unterstützung durch Italien bei einem unprovzierten französischen Angriff zu. Der Habsburgermonarchie garantierte er die italienische Neutralität im Fall eines Krieges mit Rußland. Da der Bündniswert Italiens nicht sehr hoch eingeschätzt wurde, lag vor allem in letzterem der eigentliche Zweck des Dreibundes.

⁴⁸ Am 18.6.1887 schloß Bismarck den deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag ab. Darin sagten sich die Partner Neutralität im Fall eines unprovzierten Angriffs von dritter Seite zu. Noch mehr als diese Bestimmung war der Inhalt des „ganz geheimen“ Zusatzprotokolls mit dem Geist des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses von 1879 unvereinbar. Darin sicherte das Deutsche Reich dem Zarenreich moralische und diplomatische Unterstützung zu für den Fall, daß Rußland die Inbesitznahme der Meerengen beabsichtige, ein Vorgehen, das die Interessen der Donaumonarchie verletzt hätte.

Aber Wege in die weitere Zukunft wies er nicht, weder innen- noch außenpolitisch. Es blieb dabei, daß im Inneren Katholiken und Sozialdemokraten, ja geradezu die Mehrheit des Volkes als „Reichsfeinde“ behandelt wurden.⁴⁹ Und die „Weltpolitik“ haben erst andere nach ihm in die Wege geleitet.

Die Reichsgründung ist die algebraische Summe unsrer vorherigen Geschichte, aber nicht zugleich ein Produkt, aus dem wir die Faktoren unsrer zukünftigen Entwicklung herausdividieren könnten. Bismarcks Gedanken sind nicht mehr die Norm für unser politisches, auch nicht für unser innerpolitisches Urteil.

Der Geschichtsbetrachtung (...) ist in Zukunft vor allem eins zu wünschen: mehr Herzensverständnis, mehr Liebe für die Mächte und Richtungen, die im großen Kampfe um die deutsche Einheit unterlegen sind. Unser Urteil ist bisher zu einseitig von den Normen der kleindeutschen Publizistik ausgegangen. (...) Aber nun nach der großen Bewährung, die wir alle erlebt haben, nachdem sich alle maßgebenden Parteien und Weltanschauungen zu positiver Arbeit endgültig auf den Boden des Reiches gestellt haben, nachdem eine nie dagewesene Riesenkoalition aller äußeren Feinde an diesem Reiche sich die Köpfe blutig gestoßen hat, nun ist es eine schöne Pflicht unsrer Wissenschaft, die volle Unbefangenheit des Urteils für die Männer zurückzugewinnen, die einst die deutsche Einheit auf anderem Wege und mit anderen Mitteln erstrebt haben als Bismarck und der Nationalverein⁵⁰ oder die überhaupt andere politische Ideale im Herzen trugen. Wir haben nicht mehr nötig, über Friedrich Wilhelm IV.⁵¹, über Großdeutschtum, Partikularismus, Klerikalismus im Tone der kleindeutschen Geschichtsschreibung und Publizistik zu reden. Wir sind in der Atmosphäre des Weltkriegs, in dem Partikularisten, Katholiken, Sozialdemokraten und nicht zum wenigsten auch die 1866 hinausgeworfenen Bundesbrüder aus dem Donaureiche ebensogut ihre Pflicht getan haben wie die Männer der Reichsgründungsparteien, doch wohl nun hoffentlich frei geworden für ein neues historisches Verständnis für die ehemaligen „Reichsfeinde“, die doch auch

⁴⁹ Anspielung auf den „Kulturkampf“ und das Sozialistengesetz. Im sogenannten Kulturkampf (1872–1878 bzw. 1887) versuchte Bismarck vergeblich den Einfluß der katholischen Kirche aus den öffentlichen Angelegenheiten zurückzudrängen und die katholische Zentrumsparterie zu schwächen, der er einen ultramontanen und damit reichsfeindlichen Charakter unterstellte. Wesentliche Bestimmungen wie der Kanzelparagraph, das Jesuitenverbot und die Zivilehe blieben allerdings bestehen. Das Sozialistengesetz vom 18. 10. 1878, gültig für 2 Jahre und bis 1890 stets verlängert, sah das Verbot für alle sozialistischen oder sozialdemokratischen Vereine, Versammlungen und Druckschriften vor. Diejenigen, die dagegen zuwiderhandelten, waren von Ausweisung bedroht. Trotz harter Strafmaßnahmen stärkten die Verfolgungen den Zusammenhalt der sozialdemokratischen Bewegung und bescherten der SPD bei Wahlen einen stetig wachsenden Stimmanteil.

⁵⁰ Der Nationalverein existierte 1859–1867 als lockere Vereinigung aus national- und linksliberalen Kreisen. Er strebte die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung an. Vgl. Shlomo Na'aman, Der Deutsche Nationalverein. Die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums 1859–1867, Düsseldorf 1987.

⁵¹ Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861), 1840–1861 König von Preußen.

unser eigenes gutes deutsches Blut in den Adern hatten und mit echtem deutschem Geiste getauft waren!

Ich verlangte also eindeutig eine Revision des herrschenden kleindeutschen Geschichtsbildes, längst ehe später zu Hitlers Zeiten etwa Heinrich von Srbik⁵² mit dieser Forderung auftrat. Ich stellte fest: „Diese Forderung einer gleichmäßigen Liebe erfüllt das vor dem Kriege geschriebene Buch von Brandenburg noch nicht.“⁵³

Von Ellwangen wurde ich am 4. Juli 1916 zum Ersatztruppenteil in Leisnig entlassen. Die Verwandten, die ich ehemals hier besessen hatte, fand ich nicht mehr vor. Es war hier ja auch keinesfalls meines Bleibens. Ich hatte nur auf meine Entlassung vom Militär zu warten, weil ich nach meiner Verwundung nicht mehr dienstfähig war, nicht einmal mehr in der Garnison. Ich hatte mich daher um Anstellung im höheren Schuldienst zu bemühen. Das Kultusministerium in Dresden gab mir den Rat, mich an eine Reihe von Gymnasialrektoren zu wenden und ihnen meine Dienste anzubieten. Positive Antwort kam aus dem Freiburger Gymnasium von O.E.Schmidt⁵⁴, dem Autor der „Kursächsischen Streifzüge“.⁵⁵ Da paßte meine kursächsische Gesinnung hin. Bei Wiedereröffnung des Unterrichts nach den Sommerferien, am 16. August, stellte mich Schmidt seinem Kollegium und der Schülerschaft vor. Auf seinen Wunsch kam ich in Uniform: als Unteroffizier mit dem Eisernen Kreuz und der Friedrich-August-Medaille. Von meinem Kompanieführer in Leisnig hatte ich das Recht, Zivil zu tragen; aber Schmidt hielt es – wohl mit Recht – für eine gute Einführung, als hinkender Soldat zum ersten Male vor die Schüler zu treten. Er entlastete sich zunächst selbst, indem er mir seine Cicero-Lektüre in der Unterprima übertrug, so daß ich nicht nur in den Unterklassen zu unterrichten hatte. Da einige Lehrer zum Militär eingezogen wurden, kam bald aller mögliche andere Unterricht dazu, sogar elementare Mathematik in der Untertertia. Im Oktober mußte ich die Leitung eines Internats, des „Pfarrsöhneheims“ auf der Petersstraße übernehmen. So war ich schon nach zwei Monaten unentbehrlich an der Schule. Anfang 1917 wurde ich als „nichtständiger“ Beamter – später hieß das „Studienassessor“ – eingestellt und damit rite in das Lehrerkollegium des Gymnasiums aufgenommen. Am 30. September 1916 war ich vom Militär entlassen worden. So kehrte ich mitten im Ersten Weltkrieg endgültig in eine zivile Existenz zurück.

⁵² Heinrich Ritter von Srbik (1878–1951), österreichischer Historiker, 1912–1922 Professor in Graz, 1922–1945 in Wien. Als Vertreter einer gesamtdeutschen Geschichtsbeurteilung wollte Srbik den Gegensatz zwischen klein- und großdeutscher Geschichtsschreibung überwinden. Hauptwerk: Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom heiligen Reich bis Königgrätz, 4 Bde. (1935–1942).

⁵³ Ende der in Anm. 36 genannten Einfügung. Folgender Abschnitt Einfügung aus Teil II, S. 2–4.

⁵⁴ Otto Eduard Schmidt (geb. 1855), Oberstudienrat, 1910–1919 Rektor des Gymnasiums Albertinum in Freiberg.

⁵⁵ Otto Eduard Schmidt, Kursächsische Streifzüge, 5 Bde., Leipzig 1904–1922.

[...] ⁵⁶ Ich hatte [zu diesem Zeitpunkt] eine politische Grundeinsicht gewonnen, die ich als wesentlich für meine eigene Zukunft betrachten mußte. Denn ich glaubte nicht, daß ich lebenslang meine Arbeit dem Dienst der höheren Schule widmen würde, sondern ich stand auf dem Sprunge, ins öffentliche Leben einzutreten und politisch-wissenschaftlicher Publizist zu werden. Ich empfand mein Ausscheiden aus dem Militärdienst, und zwar ehe ich Offizier wurde, ganz und gar als eine Fügung meines Lebensschicksals. Eine lange Lazarettzeit verschaffte mir viel Gelegenheit, über mich und meine Zukunft nachzudenken. Als ich der Berufung nach Freiberg folgte, geschah es nicht in der Absicht, für immer Gymnasiallehrer zu werden, sondern um mir eine materielle Grundlage für meine bürgerliche Freiheit zu verschaffen. Wenn ich heute in hohem Alter zurückschaue, kann ich sagen, daß mir genau dieses auch gelungen ist. Ich habe mich in einem langen Leben immer als freien [sic!] Mann behaupten können, und ich habe mir die etwaige publizistische Laufbahn immer so gewünscht, daß ich mich auch von Erfolgsknechtschaft frei erhielt. Es ist meiner Erfahrung nach so, daß innere Freiheit und äußere Berühmtheit meist nicht gleichzeitig zu haben sind. Wenn man wählen muß, soll man die Freiheit wählen. ⁵⁷

Rektor Schmidt, der kursächsische Geschichtsschreiber, hielt auf nahe Beziehungen zum benachbarten Dom, in dem sich ja auch das Moritzmonument und die Gräber sächsischer Kurfürsten befanden. Es galt als gute Sitte, daß die Lehrer der Schule in hohem Zylinder und schwarzem Rock die Sonntagspredigten des Freiburger Superintendenten besuchten. Im Pfarrsöhneheim hatte ich regelmäßig die Tischgebete zu sprechen. Mein Elternhaus in Dresden war nicht kirchlich, aber auch nicht kirchenfeindlich gesinnt gewesen. Ich selber war nie uninteressiert an kirchlichem Unterricht, wenn auch jahrelang stark ablehnend gewesen, hatte mich aber in höheren Studiensemestern dem Christentum wieder angenähert. Zur Würde eines beamteten Lehrers aufgestiegen, fand ich, es sei guter Stil, auch der Landeskirche gesinnungsmäßig wieder anzugehören. Die Landeskirche war reformatorisch, aber nicht „protestantisch“. Sie war von Haus aus kursächsisch, aber nicht schwedisch oder preußisch gewesen. Das wurde mir in Freiberg klar, auch gerade wenn ich am Schwedendenkmal vorüberging.

Die Betonung meines „Sachsentums“ entsprach dem Zweifel am militärischen Sieg, der im Herbst 1916 in mir erwachte. In Ellwangen war ich siegesgewiß gewesen. In Freiberg aber behandelte ich in den „Grenzboten“ die Notwendigkeit einer „neuen“ politischen Gesinnung, weil der „Bismarcknationalismus“ für die Bewältigung der Aufgaben der Weltkriegspolitik unbrauchbar geworden sei. Innerpolitisch richtete sich meine Aufmerksamkeit stark auf die katholische Kirche. Deswegen schrieb ich in Nr. 37 der „Grenzboten“ den Arti-

⁵⁶ Auslassung: 4 Sätze. Über den Kriegseintritt Rumäniens an der Seite der Alliierten (1916).

⁵⁷ Ende der in Anm. 53 genannten Einfügung. Folgender Abschnitt Einfügung aus Teil II, S. 50–71 (mit Auslassungen).

kel „Aus der politischen Vergangenheit der deutschen Katholiken“.⁵⁸ Die protestantische und liberale Öffentlichkeit dürfe nicht fortfahren, bloß „die Schattenseiten, die der katholische Glaube in ihren Augen hat“, hervorzuheben.

Beide Konfessionen müssen unwiderruflich in Sturm und Sonnenschein unter einem Dache wohnen; sie müssen sich verstehen. Zu solchem Verständnis muß auf protestantischer Seite wachsende Erkenntnis katholischen Lebens und vor allem auch der Geschichte und der Politik des modernen deutschen Katholizismus beitragen. Das geistige Leben hüben und drüben muß in erhöhte Wechselwirkung gesetzt werden. Wenn es im Kriege derzeit einerseits um Elsaß-Lothringen, anderseits um Belgien geht, muß man sich darüber klar werden, daß man in beiden Ländern Sympathien für die deutsche Sache nur mit Hilfe der katholischen Kirche erhalten oder erwecken kann.

Deswegen wandte sich mein Aufsatz der Besprechung neuerer wissenschaftlicher Untersuchungen über die katholische Bewegung im Reichsland und in Belgien zu. Besonders das Thema Belgien wurde mir wichtig. Als ich nach längerer Pause am Ende des Jahres wieder in den „Grenzboten“ auftrat, schrieb ich über „Belgiens Zukunft“⁵⁹ und „Zum Burgfrieden unter den Weltanschauungen“.⁶⁰ Ich verschaffte mir die seit Juli 1916 im Insel-Verlag zu Leipzig erscheinende Monatsschrift „Der Belfried“, die über „Gegenwart und Geschichte der belgischen Lande“ unterrichten wollte.⁶¹ So konnte ich 1917 und 1918 in meinen Aufsätzen immer wieder vorzugsweise über Belgien und den Katholizismus sprechen, zum Beispiel über das „neue Flandern“⁶² und „Das belgische Kriegsziel und die Friedenserklärung des Reichstags“.⁶³ Daneben wies ich auf Österreich hin⁶⁴ und wiederum auf „Kräfte von innen“.⁶⁵

[. . .]⁶⁶

Zum Heile des Königreichs Sachsen als Publizist sowohl wie als Lehrer zu wirken, war mir nicht lange vergönnt, denn die acht Jahrhunderte mit dem Lande verbundene Landesherrschaft wurde ja in die Katastrophe des preußisch-deutschen Kaisertums mit hineingerissen. Am Willen dazu hat mir's in den zwei Jahren vom Herbst 1916 bis 1918 nicht gefehlt. Im Mai 1917 bestimm-

⁵⁸ Aus der politischen Vergangenheit der deutschen Katholiken, in: Die Grenzboten, Nr. 37 vom 13. 9. 1916, S. 329–337.

⁵⁹ Noch ein Wort über Belgiens Zukunft, in: Die Grenzboten, Nr. 51 vom 20. 12. 1916, S. 363–367.

⁶⁰ Zum Burgfrieden unter den Weltanschauungen, in: Die Grenzboten, Nr. 52 vom 27. 12. 1916, S. 413–415.

⁶¹ „Der Belfried. Eine Monatsschrift für Gegenwart und Geschichte der belgischen Lande.“ Erschienen 1916–1918.

⁶² Das neue Flandern, in: Die Grenzboten, Nr. 15 vom 11. 4. 1917, S. 33–39.

⁶³ Das belgische Kriegsziel und die Friedenserklärung des Reichstags, in: Die Grenzboten, Nr. 31 vom 1. 8. 1917, S. 129–139.

⁶⁴ Das Vermächtnis Brucks, in: Die Grenzboten, Nr. 12 vom 21. 3. 1917, S. 364–379.

⁶⁵ Kräfte von innen, in: Die Grenzboten, Nr. 27 vom 4. 7. 1917, S. 1–9.

⁶⁶ Auslassung: 2 Seiten. Ausführungen über die Situation der Katholiken in Sachsen am Beispiel eines Schulkameraden.

te mich der Rektor des Gymnasiums, zum Geburtstag König Friedrich Augusts die Festrede zu halten. Ich machte sie bewußt zum Bekenntnis zum König und zum Heimatstaat. Die Pflege des heimatlichen Staatsgedankens und die Treue zum tatsächlich „angestammten“ König schienen mir wichtig zu sein für die als notwendig erkannte Überwindung des Bismarcknationalismus. Das wilhelminische Kaisertum hatte außerhalb Altpreußens keine tiefen Wurzeln im deutschen Volksempfinden. Die preußische Art von „Realpolitik“ erschien mir als wenig günstig für die Verwirklichung des „mitteleuropäischen Kriegsziels“, die mir am Herzen lag, weil sie zu „materialistisch“ war. Für den Erfolg Deutschlands in den schweren Prüfungen des Weltkrieges brauchte man eine andere Realpolitik, nämlich die der Realisierung eines wirklichkeitsbezogenen „internationalen Gedankens“.

Der gebildete Deutsche, der Treitschke⁶⁷ gelesen hat, vermeint zu wissen, daß die großdeutschen Ideen ‚realpolitisch‘ völlig unbrauchbar gewesen seien, daß die deutsche Einheit nur durch den Bruch mit Österreich habe geschmiedet werden können und daß Bismarck verdienstlicher Weise endlich mit allen österreichischen Sentimentalitäten aufgeräumt habe.

Wir sind alle mehr oder weniger seit dem Scheitern der Paulskirche durch unsre Geschichte zu einem politischen Denken erzogen worden, das die Faktoren der wirtschaftlichen und militärischen Macht am höchsten wertet. In dieser Beziehung hat in bestimmten Volksschichten Marx ganz ähnlich gewirkt wie Bismarck in anderen. Beiderseits leitete man Lehren eines gewissen ethischen Materialismus in der Politik ab.

Aber „dieser Materialismus des politischen Denkens ist dem mitteleuropäischen Gedanken nicht günstig“. Er ist unbrauchbar für die Pflege von Bundesgenossenschaften.

Daß auch einem Staat Rücksichten oder gar Opfer zugemutet werden könnten, will in unsrer Zeit vielen, denen so oft die Rücksichtslosigkeit der staatlichen Interessenpolitik als oberster Grundsatz staatsmännischer Weisheit gepredigt worden ist, natürlich nicht leicht in den Kopf.⁶⁸

Darum schien mir die Pflege warmer Gefühle für die angestammte Landesherrschaft eine wichtige Schule der Erziehung zu einer bündischen Realpolitik zu sein, ohne die das mitteleuropäische Kriegsziel nicht erreicht werden könne.

Ich war in den Sommerferien 1917 einige Wochen in Ungarn und habe über meine Eindrücke in den „Grenzboten“ berichtet.⁶⁹ Ich benutzte für die Reise

⁶⁷ Heinrich von Treitschke (1834–1896), Historiker und politischer Publizist, 1866 Professor für Geschichte in Kiel, 1867 in Heidelberg, 1874 in Berlin. Als Historiograph des preußischen Staates hat er das Geschichtsbild des deutschen Bürgertums wesentlich beeinflußt. Als sein Hauptwerk gilt „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert“ (1879–1894).

⁶⁸ Das mitteleuropäische Kriegsziel, in: Die Grenzboten, Nr. 43 vom 24. 10. 1917, S. 104–111, hier S. 107.

⁶⁹ Der mitteleuropäische Gedanke und die deutsche Sprache in Ungarn, in: Die Grenzboten, Nr. 38 vom 19. 9. 1917, S. 373–379.

den Deutschland mit der Türkei direkt verbindenden „Balkanzug“ bis nach Wien. Der Zug war ein Symbol für den „internationalen Gedanken“, wie ich ihn verstand. Von Wien fuhr ich mit dem Donaudampfer nach Budapest. Der imponierendste Eindruck von dieser Fahrt war Gran (Esztergom), die kirchliche Hauptstadt der ungarischen Katholiken. Der Erzbischof-Primas war im 18. Jahrhundert ein deutscher Reichsstand. Im alten Reiche deutscher Nation war also der mitteleuropäische Gedanke verwirklicht gewesen. Diese Wirklichkeit in modernen Formen wiederherzustellen, betrachtete ich als das vornehmste Ziel des großen Krieges. Meine Eindrücke von Land und Leuten sammelte ich dann später meist in meinem Ferienorte Paks, das zwischen Budapest und Neusatz an der Donau gelegen ist. Die wichtigste Forderung an den magyarischen Nationalismus, die ich darauf begründete, lautete, daß der ungarische Staat die deutsche Sprache nicht als die einer nationalen Minderheit abtun dürfe, sondern als unentbehrliche Kultursprache Mitteleuropas neben dem Magyarischen als gleichberechtigt anerkennen müsse. Einen einseitigen Sprachnationalismus dürften sich die Magyaren ebensowenig leisten wie die Tschechen, Slowenen oder Kroaten. So gut, wie die Deutschen aufhören mußten, nur „Bismarckdeutsche“ zu sein, könnten sich auch die Herren Ungarns nicht damit begnügen, nur Magyaren zu sein. Vor der Wirklichkeit, daß es am guten Willen zu solchen Einschränkungen noch allenthalben fehlte, wollte ich nicht die Augen verschließen.

Ich wußte also, daß es nicht gut stand um den Fortschritt über den allzu einfachen Nationalismus hinaus, für den ich seit 1916 zur Feder gegriffen hatte. Der siegreiche Militärstaat hatte für eine moderne Föderation von Mitteleuropa bis nach Vorderasien zwar den Raum erstellt, aber politisch die große Forderung der Zeit zu wenig verstanden. Im Sommer 1917 begann die deutsche Volksvertretung zu begreifen, was versäumt worden war. Der politische „Siegfrieden“, der vielleicht möglich gewesen wäre, war nicht vorbereitet worden, weil man nur an einen militärischen gedacht hatte. Erst soeben, im Juli 1917 hatte der Deutsche Reichstag eine „Friedensresolution“⁷⁰ angenommen. Dieser Akt führte zum Sturz des Reichskanzlers Bethmann Hollweg.⁷¹ Er hätte aber sinnvollerweise zum Sturz der Obersten Heeresleitung führen sollen, jedenfalls Ludendorffs⁷², wenn aus optischen Gründen Hindenburg⁷³

⁷⁰ In der Friedensresolution des deutschen Reichstages vom 19. 7. 1917 trat die Reichstagsmehrheit aus SPD, Zentrum und Fortschrittlicher Volkspartei unter der Führung Erzbergers für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen ein.

⁷¹ Theobald von Bethmann Hollweg (1856–1921), 1905 preußischer Innenminister, 1907 Staatssekretär im Reichsamt des Innern, 1909–1917 Reichskanzler.

⁷² Erich Ludendorff (1865–1937), 1908–1912 im Großen Generalstab, 1914 Oberquartiermeister im Armeeoberkommando 2, 1916–1918 Erster Generalquartiermeister. 1917 trug er maßgeblich zum Sturz Bethmann Hollwegs bei. 1923 Mitwirkung am Hitlerputsch, 1924–1928 MdR, 1925 Kandidat der NSDAP für die Reichspräsidentenwahl.

⁷³ Paul von Beneckendorff und Hindenburg (1847–1934), populärer Heerführer des Ersten Weltkrieges durch den Sieg bei Tannenberg 1914. 1916–1918 Chef des Generalstabes des Feldheeres, 1925–1934 Reichspräsident.

an der Spitze bleiben sollte. Damit wäre der politische Fehler vom Sommer 1916 korrigiert worden, das Schicksal Deutschlands einer Militärdiktatur anzuvertrauen⁷⁴, während die Parlamentarisierung der Reichsregierung das allein Richtige gewesen wäre. Es dauerte auch jetzt noch ein ganzes Jahr, ehe es zu dieser Parlamentarisierung kam. Aber die Friedensresolution des Reichstags hatte immerhin die Wirkung, daß sich die parlamentarische Mehrheit sichtbar formierte. Sie hätte 1916 sichtbar werden müssen, um das Parlament schon im Entstehen der Diktatur aktionsfähig zu machen. Entmachtet wurde durch Ludendorff tatsächlich auch der Kaiser, so daß er 1917 nicht mehr imstande war, seinen Kanzler Bethmann im Amte zu halten. Es war ein paradoxes Schauspiel, daß die potentiellen Führer des Reichstags im Juli 1917 den Kanzler stürzen halfen statt den militärischen Diktator. Das gilt, bei allen Gegensätzen zwischen ihnen, sowohl für Erzberger⁷⁵ wie für Stresemann.⁷⁶ Freilich muß ich bekennen, daß ich die Paradoxie damals auch nicht durchschaute. Ich konnte nicht klüger sein als Erzberger und Stresemann, denn ich hatte ja viel weniger als ein führender Abgeordneter die Möglichkeit, mich ausreichend zu informieren. Auf einen in meinem Sinne erfolgreichen Abschluß des Krieges hoffte ich ja noch immer, mußte ich hoffen.

In meinem Artikel „Das belgische Kriegsziel und die Friedenserklärung des Reichstags“, der am 1. August 1917 veröffentlicht wurde⁷⁷, hielt ich daran fest, daß Belgien ein Schutzstaat des Deutschen Reiches werden mußte. Aber ich bejahte den Gedanken, daß wir nur durch Verständigung, nicht durch Gewalt zum Frieden kommen könnten.

Wir dürfen uns nicht von unsrer Michelstimmung hinreißen lassen und nicht denken, wir müßten die Steine zu unserm politischen Haus möglichst gleich mit dem Schwerte behauen. Der kunstfertige politische Steinmetz arbeitet vielmehr mit zierlichen Meißeln, und er weiß die Fugen und Löcher des Gesteins mit dem sorgsam gemischten Mörtel des Staats- und Völkerrechts zu verschmieren. Alle unsre nationalpolitische Arbeit vollzieht sich im Rahmen der allgemein menschlichen Ordnung und muß auf deren Bedürfnisse Rücksicht nehmen. Das verstehen viele Leute bei uns nicht, die sich für vorzügliche Politiker und Patrioten halten; sie bemühen sich auch gar nicht, es zu lernen. Den Engländern sagt man nach, daß ihre Politik lediglich von

⁷⁴ In der 3. OHL gewann Ludendorff seit August 1916 zunehmend Einfluß über den militärischen Bereich hinaus auf innen- und außenpolitische Fragen.

⁷⁵ Matthias Erzberger (1875–1921), Volksschullehrer, Redakteur, 1903–1918 MdR (Zentrum), 1918/1919 Staatssekretär, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1919 und 1920 Reichsminister, 1920–1921 MdR. Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.

⁷⁶ Gustav Stresemann (1878–1929), 1902–1918 Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, 1907–1912, 1914–1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1918–1929 Vorsitzender der DVP, 1920–1929 MdR, 1923 Reichskanzler, 1923–1929 Reichsaußenminister. Vgl. Henry A. Turner, Stresemann. Republikaner aus Vernunft, Berlin, Frankfurt/M. 1968.

⁷⁷ Siehe oben Anm. 63.

dem Grundsatz: Right or wrong, my country! geleitet sei. Englischen Staatsmännern aber fällt nicht ein, diesen Grundsatz zu verkünden. Da hören wir vielmehr von der Sache der Kultur, für die sie eintreten, von der wohlverstandenen Unabhängigkeit der kleinen Nationen. Man kann das schnellfertig für Heuchelei erklären und wird dem Kern der Sache doch nicht gerecht damit. Nur bei uns in Deutschland gelten Leute für was Gescheites, die es für ‚realpolitisch‘ halten, das Völkerrecht eitel blauen Dunst zu nennen und immer wieder laut zu sagen, daß für unser politisches Handeln nichts, aber auch gar nichts anderes als das deutsche Interesse maßgebend sein dürfe. Demgegenüber erwirbt sich der Reichstag staatsmännisches Verdienst, wenn er einen Frieden der Verständigung erstrebt, der auch den Rechten und Ansprüchen anderer Völker Raum gewährt, selbstverständlich soweit die Bedürfnisse unsres Volkes dies gestatten. Mit unserm Dasein und unserm weltpolitischen und -wirtschaftlichen Selbstbestimmungsanspruch muß sich die Welt abfinden. Darum führen wir ja eben diesen Krieg.

So weit reichte also mein politisches Ahnungsvermögen, daß ich eindeutig der Friedenserklärung vom 19. Juli 1917 zustimmte.

Sechs Wochen später lehnte ich die Gründung der „Deutschen Vaterlandspartei“⁷⁸, die gegen die Friedensresolution gerichtet war, konsequent ab. [...] ⁷⁹ In der Vaterlandspartei, nicht erst in der russischen bolschewistischen Regierung Lenins⁸⁰, wurde zum ersten Male das Phänomen einer totalitären Partei sichtbar, die alle andern politischen Meinungen gleichschalten und die nationale Öffentlichkeit allein beherrschen will. Hier zeigt sich, daß Totalitarismus das echte Kind des Bismarckismus ist, die Ausgeburt des „Bismarckgeistes“, den ich in all meinen Artikeln überwinden wollte. Nach der Reichstagsentschließung für einen Verständigungsfrieden war es notwendig, in der Kriegszielfrage „Prioritäten“ zu setzen, das heißt sich darüber klar zu werden, an welchen Zielen man auch in Friedensverhandlungen festhalten müßte, und bei welchen anderen man nachgeben könnte.

Ich habe auf meinen Aufsatz über „Das mitteleuropäische Kriegsziel“ vom 24. Oktober 1917 bereits hingewiesen.⁸¹ Wenn es nun jetzt um Prioritäten ging, so meinte ich, daß eine bündische Neuordnung Mitteleuropas wichtiger sei als jede Eroberung in Europa oder auch in den Kolonialgebieten. „Das Wichtigste von allem ist doch die dauernde Einrichtung der Lebensgemeinschaft zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn.“ Gerade über dieses

⁷⁸ Die Deutsche Vaterlandspartei wurde am 2. 9. 1917 als Reaktion auf die Friedensresolution des deutschen Reichstages gegründet. Sie trat für den Siegfrieden ein. Am 10. 12. 1918 löste sie sich wieder auf.

⁷⁹ Auslassung: 1 Seite. Über den Aufruf von Tirpitz und Kapp zur Gründung der Vaterlandspartei.

⁸⁰ Wladimir Iljitsch Uljanow gen. Lenin (1870–1924), russischer Revolutionär und Politiker.

⁸¹ Siehe Anm. 68.

Kriegsziel aber schweige die Vaterlandspartei. Selbst wenn die deutsche Wirtschaft etwa in einem Zollbund Opfer bringen müßte, die zwölf Millionen Volksgenossen in Österreich-Ungarn wären die Opfer wert. „Leider stecken wir zu tief in einem politischen Denken, das sich zu sehr um Absatzmärkte und Flottenstützpunkte, aber zu wenig um das Wohl und Wehe der uns auf Erden geschenkten deutschen Menschen sorgt.“ Die drei folgenden Aufsätze über „die belgische Neutralität“⁸², den „belgischen Staatsnationalismus“⁸³ und „Belgien als Faustpfand“⁸⁴ beschäftigten sich mit der belgischen Geschichte, dem problematischen Verhältnis zwischen Wallonen und Flamen und vor allem der problematischen belgischen Neutralität. Bemerkenswert ist wohl, daß ich's in diesen Zusammenhängen für notwendig hielt, deutlicher zu werden in der Bismarck-Kritik und in der Kritik der historischen Darstellung der Bismarckzeit.

Es ist eine ganz verkehrte Methode vieler Darstellungen unsrer auswärtigen Politik (. . .) auf Bismarck alles Licht, auf seine Nachfolger aber allen Schatten fallen zu lassen. Schon die militärischen Maßnahmen Belgiens in den achtziger Jahren, die Anlage der Maas-Befestigungen⁸⁵ richteten deutlich ihre Spitze gegen Deutschland. Hiergegen hat die damals von Bismarck geleitete deutsche Politik offenbar nichts Wirksames unternommen. Belgien war als ‚Barrière‘ gegen Frankreich geschaffen worden, und in den Festungsverträgen von 1818 und 1831⁸⁶ hatte neben England gerade Preußen selber die Bürgschaft dafür mit übernommen, daß Belgien nach Süden zu auf der Wacht blieb. Diese Verträge bestanden nach wie vor zu Recht, und Preußen-Deutschland brauchte nicht zuzulassen, daß Belgien auf einmal seine Front nach Osten nahm.⁸⁷

Zu Bismarcks Zeiten hatte auch England noch keinerlei Interesse an solchem Frontwechsel. Die heutige Reichsregierung muß sich also bei der Behandlung

⁸² Die belgische Neutralität, in: Die Grenzboten, Nr. 46 vom 14. 11. 1917, S. 188–197.

⁸³ Der belgische Staatsnationalismus, in: Die Grenzboten, Nr. 49 vom 5. 12. 1917, S. 272–279.

⁸⁴ Belgien als Faustpfand, in: Die Grenzboten, Nr. 3 vom 16. 1. 1918, S. 63–68.

⁸⁵ 1887/1888 wurden die Maas-Festungen ausgebaut.

⁸⁶ Ein geheimes Militärprotokoll vom 15. 11. 1818, unterzeichnet von England, Österreich, Preußen und Rußland, sah vor, daß im Bündnisfall, d. h. bei einem neuen militärischen Ausgreifen Frankreichs, eine Reihe von südniederländischen (ab 1831 belgischen) Festungen von den Alliierten besetzt werden sollte. In Protokollen der Londoner Konferenz von 1831 wurden die Unabhängigkeit und die Neutralität des neuen belgischen Staates festgelegt. Wegen der von Frankreich ebenfalls garantierten Neutralität kam es zu einer Modifikation in der Festungsfrage. In einem weiteren Geheimprotokoll wurde die Schleifung einiger Festungen festgelegt. Das Besatzungsrecht der Alliierten wurde zugunsten der belgischen Souveränität dahingehend geändert, daß sich der belgische König im Bedrohungsfall mit den Alliierten über die zu ergreifenden Maßnahmen beraten sollte. Vgl. Hermann von der Dunk, Der deutsche Vormärz und Belgien 1830/48, Wiesbaden 1966, S. 90–103.

⁸⁷ Der belgische Staatsnationalismus, Anm. 83, S. 275.

Belgiens vor Augen halten, daß, als es noch Zeit war, Belgien zu beeinflussen, unter den Reichskanzlern Bismarck und Caprivi⁸⁸, nichts getan worden ist, um Belgiens Mißtrauen gegen den deutschen Nachbarn zu beschwichtigen. Ich weiß aus meinen Studien über die Geschichte der „Kölnischen Zeitung“, welche Angst und Sorge vor Preußen sich seit dem Jahre 1866 in Belgien wie in Holland ausbreiteten. Da Bismarck zeitlebens eine antifranzösische Haltung erkennen ließ, hätte er schon etwas Übriges tun müssen, um Belgien zur Aufrechterhaltung seiner Neutralität zu ermutigen. Er hat aber nie etwas dergleichen für nötig gehalten. Soll also mit Belgien ein Verständigungsfrieden geschlossen werden, so sollte man immerhin berücksichtigen, daß nie etwas getan worden ist, um seine Existenzangst vor Preußen zu besänftigen. Am Ende hat ja die deutsche Heeresleitung durch den Einmarsch von 1914 das Odium des Neutralitätsbruchs tatsächlich auf sich genommen. Da Deutschland im Marnefeldzug militärisch nicht siegte, muß es, wenn jetzt Verständigungsfrieden angestrebt wird, zum Entgegenkommen gegenüber Belgien bereit sein.

Mit dem Auftreten der Vaterlandspartei wurde mir klar, daß an siegreichen Abschluß des Krieges nicht mehr zu denken war. Die Hoffnung, die noch 1916 meine Publizistik beseelt hatte, mußte aufgegeben werden. Ein Jahr war es her, daß mir im Herbst 1916 die ersten Zweifel gekommen waren. Die Vaterlandspartei bedeutete nichts anderes als die Ausrufung der Politik der Verzweiflung, die ich auf keinen Fall unterstützen wollte. In meiner Freiburger Umgebung, im Lehrerkollegium des Gymnasiums, im „Freiberger Anzeiger“⁸⁹, an den Stammtischen und in der „gebildeten“ Öffentlichkeit wurde die Vaterlandspartei tonangebend. Man wurde naiverweise zu Beiträgen aufgefordert, als ob das eine patriotische Selbstverständlichkeit wäre. Unter meinen Kollegen war gerade die Gruppe derer, die sich für liberal und tolerant hielten, sehr stark vom Alldutschen Verband beeinflusst, dem die Herren meist angehörten. Sie waren überzeugt, aus der Gerüchteküche des Hauses Claß⁹⁰ über die Kriegslage bestens informiert zu sein und belehrten mich so recht von oben herab, wenn ich einen Sieg Ludendorffs an der Westfront für fraglich hielt. Mir war deutlich, daß der Kaiser seit dem Sturz Bethmann Hollwegs nichts mehr zu sagen hatte. Der wahre Regent des Reiches war der Militärdiktator geworden, und die Vaterlandspartei war seine politische Stütze. Mir aber war klar, daß von einer preußischen Diktatur keine gute Erfüllung des „mitteleuropäischen Kriegsziels“ zu erwarten war. Briefe, die ich von der Redakti-

⁸⁸ Leo Graf von Caprivi (1831–1899), General und Politiker, 1890–1894 Reichskanzler.

⁸⁹ Die Tageszeitung „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“ erschien von 1848 bis 1945 und war „national“ ausgerichtet.

⁹⁰ Heinrich Claß (1868–1953), 1897 Eintritt in den Alldutschen Verband, 1908–1939 Vorsitzender des Verbandes, 1917 Mitbegründer der Vaterlandspartei. Als Inhaber der „Deutschen Zeitung“ seit 1917 verbreitete er antidemokratisches und republikfeindliches Gedankengut.

on der „Grenzboten“ erhielt, zeigten, daß man dort meiner Überzeugung sehr nahestand.

[. . .]⁹¹

Ein Artikel „Vom Großblock zur Mehrheit“, der die Umwälzung zum Parlamentarismus würdigte, erschien in den „Grenzboten“ in Nr. 45 vom 8. November, gerade noch einen Tag vor dem Zusammenbruch. Er stellte fest, daß sie sich in völlig legalen Formen vollzog, aber dennoch die Bedeutung einer Revolution hätte. Die Bismarcksche Reichsverfassung ist in wesentlichen Teilen gefallen. „Ich vermag es nicht, darüber in Kassandrarufer auszubrechen. Bismarcks ungeheure, über seinen Tod fortwirkende Autorität war für die lebendigen neuen Kräfte oft auch eine Last, die sie auch dann noch niederhielt, wenn es längst angebracht gewesen wäre, dem Druck des Neuen beizeiten Ventile zu öffnen.“ Das Sozialistengesetz ächtete die Sozialdemokraten als Feinde der Monarchie, des Staates und der Gesellschaft. Auch als es aufgehoben wurde, blieben seine Nachwirkungen in Kraft. „Der deutsche Begriff von nationaler Politik und nationaler Gesinnung schloß sozialdemokratische Parteizugehörigkeit im allgemeinen völlig aus.“ Erst nach der Jahrhundertwende wurde die Aussperung, wenigstens in Süddeutschland, allmählich gemildert. In Baden und in Bayern entschlossen sich die Nationalliberalen, um das Zentrum und den Klerikalismus zu bekämpfen, zur „Großblock“-Politik mit den Sozialdemokraten. Es war ein schwerer taktischer Fehler von ihnen, daß sie sich seit der Bülowblockzeit⁹² ausmanövrieren ließen. An ihrer Stelle rückte das Zentrum ein „und aus den Großblockparteien wurden die Mehrheitsparteien“, die Träger der Friedensresolution vom Juli 1917. Zum ersten Male in der Geschichte des Reiches trat eine „Mehrheit“ des Parlaments mit einem organisierten Machtwillen hervor.

Es ist auch kein Zufall, daß unter den führenden Männern der Neuordnung, schon seit Hertlings⁹³ und Kühlmanns⁹⁴ Tagen, die Süddeutschen, besonders

⁹¹ Auslassung: 7 1/2 Seiten. Ausführungen über Buchheims Mitteleuropavorstellungen, über den preußischen Militarismus und dessen Wirkung in der neueren deutschen Geschichte, über den politischen Einfluß Ludendorffs 1917/1918 vor allem auf die Friedensfrage und über die Friedensinitiative des Königs von Sachsen.

⁹² Der „Bülowblock“ markierte einen politischen Kurswechsel unter dem Schlagwort Sammlung der „nationalen“ Kräfte in der Kanzlerschaft Bülows. Von 1907 bis 1909 bildeten die Nationalliberalen, die linksliberalen und die konservativen Parteien die absolute Mehrheit im Reichstag und stellten das Regierungslager. Bülow hatte sich vom Zentrum als der bisherigen Regierungspartei getrennt, weil sie nicht bereit gewesen war, die damalige Kolonialpolitik der Regierung mitzutragen. Neben dem Zentrum sollte die „Blockpolitik“ auch die Sozialdemokratie schwächen.

⁹³ Georg Freiherr von Hertling (1843–1919), katholischer Philosoph und Politiker, 1876 Mitbegründer der Görresgesellschaft, 1880 Professor in Bonn, 1882 in München, 1875–1890 und 1896–1912 MdR (Zentrum), 1912 bayerischer Ministerpräsident, 1917/1918 Reichskanzler.

⁹⁴ Richard von Kühlmann (1873–1948), Diplomat und Politiker, 1909–1914 Botschaftsrat in London, 1916/1917 Botschafter in Konstantinopel, 1917/1918 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

die Südwestdeutschen, die führende Rolle spielen, während unterm „ancien régime“ der preußische Nordosten die maßgebenden Reichsämter besetzte. Der Südwesten ist schon von alters her die Hochburg der deutschen Demokratie. Zwei Badener, Prinz Max⁹⁵ und Fehrenbach⁹⁶ stehen an der Spitze der Reichsregierung und des Reichstags; im engeren Kriegskabinetts sitzen nicht weniger als vier Württemberger: Erzberger, Gröber⁹⁷, Payer⁹⁸ und Haußmann⁹⁹, und ein Altelsässer, General Scheüch¹⁰⁰, ist sogar preußischer Kriegsminister. Mögen die Persönlichkeiten auch später wieder wechseln, der Bann ist jedenfalls gebrochen, es wird nicht wieder Gewohnheitsrecht werden, daß die deutsche Reichsregierung aus Preußen stammen muß. Man darf vielleicht hoffen, daß der Reichsgedanke noch Fortschritte macht: nicht dadurch gerade, daß die Demokratie ziemlich unitarisch gestimmt ist – kräftiges Eigenleben der größeren Bundesstaaten ist ein politisches Gut, das dem Reiche erhalten bleiben möge! –, sondern mehr dadurch, daß durch den Parlamentarismus alle deutschen Stämme gleichmäßiger Gelegenheit haben werden, führende Köpfe in die Reichsregierung zu bringen, während früher diese Stellen meist nur durch den preußischen Staatsdienst zugänglich waren.

Unmittelbar nach dieser Bekundung meiner Stellung zur neuen Oktober-Verfassung erfolgte der Zusammenbruch der Disziplin der Ersatztruppenteile in Kiel und den Nordseehäfen, in München und Berlin.¹⁰¹ In Bayern und in Preußen wurden die Monarchien von den aufständischen Arbeitern und Soldaten gestürzt. In München führte die Volkserregung wegen einer gerade fälligen Ersatzwahl zum Reichstag zur Machtergreifung durch Kurt Eisner¹⁰², den Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten, der von den durch die Kriegswirtschaft

⁹⁵ Prinz Max von Baden (1867–1929), Oktober–November 1918 Reichskanzler.

⁹⁶ Konstantin Fehrenbach (1852–1926), Rechtsanwalt und Politiker, 1903–1918 und 1920–1926 MdR (Zentrum), 1920/21 Reichskanzler.

⁹⁷ Adolf Gröber (1854–1919), Jurist und Politiker, 1887–1918 MdR (Zentrum), 1917–1918 Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Reichstag, 1918 unter der Regierung Prinz Max von Baden Staatssekretär ohne Ressort, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Vorsitzender der Zentrumsfraktion.

⁹⁸ Friedrich von Payer (1847–1931), Rechtsanwalt und Politiker, 1877–1887 und 1890–1917 MdR (Deutsche Volkspartei, seit 1910 Fortschrittliche Volkspartei), 1917/1918 Vizekanzler, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung (DDP).

⁹⁹ Conrad Haußmann (1857–1922) Rechtsanwalt und Politiker, 1890–1918 MdR (Deutsche Volkspartei, seit 1910 Fortschrittliche Volkspartei), 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1922 MdR (DDP).

¹⁰⁰ Heinrich von Scheüch (1864–1946), General, 1917/1918 Chef des Kriegsamtes, Oktober–Dezember 1918 preußischer Kriegsminister.

¹⁰¹ Am 30.10.1918 verhinderten die Matrosen das Auslaufen der Flotte, das militärisch keinen Sinn mehr hatte und nur noch zu einem „ehrentvollen Untergang“ führen sollte. Am 4.11. kam es zur Meuterei in Kiel, der Matrosenaufstände in allen norddeutschen Häfen folgten.

¹⁰² Kurt Eisner (1867–1919), Publizist und Politiker, 1917 Anschluß an die USPD, beteiligte sich führend am Sturz der Monarchie in Bayern, 1918 bayerischer Ministerpräsident.

erbitterten Landwirten des Bayerischen Bauernbunds unterstützt wurde.¹⁰³ In Berlin proklamierten die Führer der Roten Gewerkschaftsopposition nach russischem Muster einen „Rat der Volksbeauftragten“, an dem die Mehrheits-Sozialdemokraten teilnehmen mußten, wenn sie ihren Einfluß auf die Arbeiter nicht verlieren wollten.¹⁰⁴ Der Kaiser war seit zwei Wochen fort aus der Stadt; er war in Spa bei der Obersten Heeresleitung, aus der seit dem 26. Oktober Ludendorff ausgeschieden und durch General Groener¹⁰⁵ ersetzt worden war. Die Heeresleitung hätte dem Umsturz zuvorkommen können, wenn sie die zwei Wochen genutzt hätte. Sie war gelähmt durch die Apathie Hindenburgs und durch das Zögern des Kaisers, rechtzeitig zugunsten seines Enkels und einer Vormundschaftsregierung abzudanken. In Dresden mußte der König dem Thron entsagen¹⁰⁶, weil ihn der Sturz der Hohenzollern unvermeidlich mitfortriß. Friedrich August war sehr populär und hatte sein Möglichstes getan, rechtzeitig einen Verständigungsfrieden herbeizuführen. Die übrigen Bundesfürsten hatten ihn im März 1918 im Stich gelassen.¹⁰⁷ Nun verloren sie im November ihre Throne alle auf einmal. Es war die Katastrophe Preußens, die jetzt ganz Deutschland miterleben mußte.

In einer Provinzstadt wie Freiberg wurde einem der Umsturz am Abend des 9. November einfach als fertige Tatsache serviert. So erlebte ich das Ereignis des Tages als einen gewissermaßen automatischen Vollzug. Ich war am 10. November, einem Sonntag, auf einmal, wie von selber, ein Untertan des örtlichen „Arbeiter- und Soldatenrats“. Er war nicht von Revolutionären, sondern gemäßigten Sozialdemokraten geführt. In ganz Sachsen war die Revolution nicht gewollt, sondern eben geschehen, weil sie überall in Deutschland geschah. Aber die ruhige Entwicklung zum Parlamentarismus war unterbro-

¹⁰³ Der Bayerische Bauernbund bildete mit den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten, Vertretern der SPD-Fraktion und der Liberalen Fraktion des Landtages den am 8. 11. 1918 zum erstenmal zusammentretenden provisorischen Nationalrat. Vgl. Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919*, Düsseldorf 1962, S. 104.

¹⁰⁴ Am 10. 11. 1918 bildeten SPD und USPD eine Revolutionsregierung, den „Rat der Volksbeauftragten“.

¹⁰⁵ Wilhelm Groener (1867–1939), General und Politiker, 1916/1917 Chef des Kriegsamtes, 1918/1919 Erster Generalquartiermeister, 1920–1923 Reichsverkehrsminister, 1928–1932 Reichswehrminister, 1931/1932 Reichsinnenminister.

¹⁰⁶ Am 9. 11. 1918 wurde der sächsische König abgesetzt. Die Regierung übernahm ein Arbeiter- und Soldatenrat.

¹⁰⁷ Nach der Darstellung von Buchheim schloß sich Friedrich August III. von Sachsen im März 1918 einer Friedensinitiative des Hamburger Senats an, in der die bedingungslose Räumung der von Deutschland besetzten französischen und belgischen Gebiete und Elsaß-Lothringens als deutsche Vorausleistung für ein Friedensangebot vorgeschlagen wurde. Neben Sachsen und Hamburg unterstützten nur die beiden Fürstentümer Reuß diesen Appell, der ohne Wirkung blieb. Buchheim beruft sich hier auf: Prinz Ernst Heinrich von Sachsen, *Mein Lebensweg vom Königsschloß zum Bauernhof*, München 1968, S. 101 ff.

chen. Der sozialrevolutionäre Umsturz, auf den Lenin in Moskau wartete, wurde zur Bedrohung, die sich jeden Tag realisieren konnte.¹⁰⁸

Da ich mich innerpolitisch seit dem Bülowblock, und besonders seiner Krise 1909, dem linken Flügel der Nationalliberalen zugerechnet hatte, stand ich beim neuen Aufmarsch der Parteien nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs vor der Wahl, mich entweder der bürgerlichen Demokratischen Partei anzuschließen oder zu der von Stresemann im Dezember 1918 neugegründeten Deutschen Volkspartei zu gehen. Der Name der Neugründung klang mir hoffnungsvoll in den Ohren, weil ich ganz allgemein einen echten Neuanfang deutscher Politik für notwendig hielt, und weil mein Verlangen nach gleichzeitig kirchlicher Erneuerung bei den Demokraten als Erben religiöser Indifferenz wahrscheinlich nicht viel Echo finden werde. Die Bildung einer neuen echten „Volkspartei“ schien mir das Gebot der Stunde zu sein. So half ich denn mit, in Freiberg ihre Ortsgruppe zu gründen. Ich übernahm in ihr die Leitung einer Jugendgruppe, die rasch an Mitgliedern zunahm, weil ich beträchtlichen Einfluß auf die Oberklassen des Freiburger Gymnasiums hatte, die den Kern der Gruppe bildeten. Ebenso diente ich der Partei als Redner in den Wählerversammlungen für die Nationalwahl am 19. Januar 1919.

[...] ¹⁰⁹

Um die Wende zum Jahre 1919 war bereits der Wahlkampf zur Nationalwahl in Deutschland im Gange. Kurz vor dem Wahltag (19. Januar) nahm ich an einer großen Versammlung der Deutschen Volkspartei in Dresden teil. Da lernte ich Friedrich Naumann als Redner kennen, weil er sich in der Debatte zum Wort meldete. Er gab sich als geborener Sachse, der er ja war, mehr als der volksparteiliche Wahlkandidat. Ich begrüßte das, denn ich hatte ja die Hoffnung, die neue Partei werde den Weg zu einer neuen bündisch-volkstümlichen Politik zu finden wissen. Das war eine Täuschung, und Naumann merkte man doch sehr deutlich seine große Enttäuschung an. Er war gesundheitlich erschöpft und überstand das schwere Friedensdiktat von Versailles nicht mehr. Er starb am 24. August 1919 im Alter von neunundfünfzig Jahren.

[...] ¹¹⁰

Meine publizistische Laufbahn bei den „Grenzboten“ ging [...] mit dem Jahre 1919 zu Ende. Vielleicht war hier wieder einmal höhere Fügung für

¹⁰⁸ Ende der in Anm. 57 genannten Einfügung.

¹⁰⁹ Auslassung: 26 Seiten. Ausführungen über die Folgen der preußischen Vormachtstellung im Deutschen Reich, über die innenpolitische Lage in Deutschland im Oktober und November 1918, über den Einfluß des Calvinismus auf die deutsche Geschichte, über die Prägung und Verbreitung des kleindeutschen Geschichtsbildes durch die deutschen Historiker, über die politischen Vorstellungen Friedrich Naumanns und über Bismarcks Bündnispolitik.

¹¹⁰ Auslassung: 8 Seiten. Ausführungen über die Rolle Preußens und Sachsens in der deutschen Geschichte und über die Verfassungsentwicklung im Deutschen Reich. Verschiedene Buchbesprechungen, Anmerkungen zu personellen Veränderungen bei den „Grenzboten“ und Bemerkungen über die polnische Frage im Ersten Weltkrieg.

mich am Werke, daß ich darauf verwiesen wurde, Lehrer am Freiburger Gymnasium zu bleiben. Mein Verhältnis zu den Schülern hatte sich gut, in manchen Fällen zu enger Verbundenheit entwickelt, und von den Kollegen wurde ich überwiegend auch geschätzt. Erst später taten sich stärkere Gegensätze auf. Die Lehrerschaft des Freiburger Gymnasiums galt im ganzen Lande als besonders „fortschrittlich“, weil sie den Rektoratswechsel von Ostern 1919 benutzte, um für sich selber eine Mitbestimmung bei der Neubesetzung des leitenden Amtes durchzusetzen. Rektor Schmidt trat in den Ruhestand, und das Kollegium verlangte vom Kultusministerium, daß der Nachfolger aus seiner eigenen Mitte entnommen werde. In der Tat wurde die Leitung der Schule zunächst wenigstens provisorisch an den Professor Schellhorn übertragen. Eins seiner ersten Amtsgeschäfte betraf meine eigne Person. Er konnte mir unterm 16. April meine endgültige ständige Anstellung an unserm Gymnasium mitteilen. Damit erlangte ich eine sichere Lebensstellung, in der ich, zumal in der neuen politischen Ordnung des „Freistaats“ Sachsen, auch die erwünschte bürgerliche Freiheit genießen konnte. Den Diensteid hatte ich einige Monate später auf die Weimarer Reichsverfassung zu leisten. Bei meiner Ernennung war ich soeben dreißig Jahre alt geworden.

Im Sommer 1919 schien es mir nun auch Zeit zu sein, an meine Verheiratung zu denken: gewiß nicht weil ich nun „ständiger wissenschaftlicher Lehrer“ war – erst später hieß das „Studienrat“ –, sondern weil es sich fügte, daß ich der Schwester meines verstorbenen Freundes Hans Böhme wieder begegnete. Wir trafen uns im Juli 1919 beim Sommerfest des Jenenser Paulus. Wir befanden uns im Billardzimmer des Paulinerhauses, und ich fühlte, wie Hannas Augen auf mich gerichtet waren. Es war nun sechs Jahre her, seit ich die damals Fünfzehnjährige im Gewühl beim Leipziger Turnfest allein gefunden und zu unserm Mittagstisch geleitet hatte. Wir hatten uns im Kriege in meiner Frankenberger Rekrutenzeit wohl zum letzten Mal gesehen, aber gegenseitig nie vergessen. Anschließend an das Paulinerfest machte ich von Arnstadt aus eine Wanderung in den Thüringer Bergen und dachte über mich nach, ob ich innerlich bereit sei, mich zu binden. Dann begann ich entschlossen von Freiberg aus einen lebhaften Briefwechsel, in dem die Würfel fielen. Im Winter machte das Gymnasium anschließend an die Weihnachtspause noch „Kohlenferien“. Dadurch fand sich die Zeit, Anfang Januar eine Einladung nach Aue anzunehmen. Der Zug blieb auf der bergigen Strecke von Chemnitz aus beinahe im Schnee stecken. So kam ich am 5. Januar 1920 mit starker Verspätung erst am dunklen Abend in Aue an. Der 6. Januar war vor fünf Jahren der Todestag meiner Mutter gewesen. Er wurde uns jetzt zum Festtag. Auf einem Winterspaziergang um die Mittagszeit verlobten wir uns. Ich habe auf baldige Heirat nicht gedrängt. Wir fanden es schön und gut, ein Jahr lang verlobt zu bleiben, trafen uns aber natürlich jetzt des öfteren. Ich stellte die Hanna meinen Schwestern in Dresden vor. In Jena trafen wir uns im Sommer 1920 auch wieder, zumal sie zahlreiche Verwandte dort hatte, die ich auch kennenlernen sollte. Am Ende wurde für das Früh-

jahr 1921 die Hochzeit auch in Jena angesetzt. Wir wurden am 9. Mai in der „Schillerkirche“ in Wenigenjena von einem Onkel Hannas getraut und schlossen vorher die standesamtliche Ehe auch in Jena. Es war eine sehr festliche „Paulinerhochzeit“ mit zahlreichen Gästen, groß gefeiert auf dem Haus der Sängerschaft und in der „Göhre“ am Markt. Es ging also alles sehr bürgerlich „standesgemäß“ zu. Wir freuten uns, daß wir noch imstande waren, das große Fest im Stile der Vorkriegszeit zu begehen. Wir wollten ja auch in unserm Leben die guten Traditionen des Bürgertums nach Kräften hochhalten und haben das im großenganzen auch durchführen können. Auch unsre Ehe ist sozusagen „kursächsisch“ geblieben.

Die Hochzeitsreise traten wir nachts ein Uhr von Jena aus an und fuhren nach Lindau. Meersburg, Singen mit dem Hohentwiel, Konstanz waren weitere Stationen. Das Schweizer Ufer des Bodensees konnten wir nicht betreten, weil das deutsche Geld bereits so entwertet war, daß wir die Schweizer Frankenwährung nicht erschwingen konnten. Zum Pfingstfest kamen wir aus Versehen nach Rottweil, weil wir in Tuttlingen in den falschen Zug eingestiegen waren. Wir hatten eigentlich nach Beuron gewollt, kamen aber in Rottweil viel besser unter, als es in dem überlaufenen Beuron möglich gewesen wäre. Die letzte Station war Tübingen. Dann mußten wir schleunigst nach Hause, weil ich sonst beim Wohnungsamt eine Wohnung, die mir über die Feiertage reserviert worden war, nicht bekommen hätte. Sie lag in der Freiburger Altstadt in einem ganz alten Hause, aber mit der Zimmerfront rückwärts mit einem prächtigen Ausblick auf Gärten, blühende Bäume und auf einen malerischen alten Stadtmauerturm. Wir haben zehn Jahre lang dort gewohnt.

Von meinen jungen Freunden im Gymnasium Albertinum wurde meine Verlobung und Heirat zuerst nicht gern gesehen, weil sie fürchteten, die Frau werde ihnen die Zuneigung des Lehrers stehlen. Manche betrachteten mich im Sinne der Jugendbewegung als ihren „Führer“. Aber die Hanna hatte ein sehr großes Geschick, sich mit den Schülern gut zu stellen. Sie spielte mit ihnen Tennis und war eine hervorragende Gastgeberin für die, die in unsre Wohnung kamen. Die Hausvaterstellung im Pfarrsöhneheim hatte ich schon Ende 1918 wieder an den eigentlich zuständigen Kollegen Dr. Reuther abgegeben, der aus dem Kriege zurückkehrte. Ein anderer Kollege hatte im Herbst 1916, als er zum Militär mußte, das Patronat über ein Schüler-Lesekränzchen mir überlassen. Diese „Wissenschaftliche Vereinigung“ war eine ganz lockere Gruppe, nicht zu vergleichen mit den Schülervereinen, die sich ganz wie studentische Korporationen gebärdeten. Sie hatten durch ihre „Alten Herren“ geradezu eine Stellung in der Freiburger „Gesellschaft“, sogar eine recht einflußreiche. Unter der Einwirkung der Jugendbewegten in der Wissenschaftlichen Vereinigung erstarkte die Tendenz, aus der losen eine festgeschlossene Gruppe zu machen, die keine Mitglieder der „reaktionären“ Vereine bei sich dulden wollte. Ich habe mich bemüht, diese Tendenz abzuschwächen. Aber praktisch wurde aus der Wissenschaftlichen Vereinigung doch ein fest begrenzter

Kreis, der nur in Einzelfällen einen aus den Vereinen aufnahm. Und nun war ich hier der anerkannte „Führer“. Die Formel vom „Hohen Meißner“ (1913) wurde maßgebend; doch habe ich die Annahme des Dogmas gegen Alkohol und Tabak verhindert. Politisch habe ich alle links- und rechtsextremen Bestrebungen ferngehalten. Ein Mulus von Ostern 1920, der der Primus seiner Klasse gewesen war, widmete mir Gustav Landauers¹¹¹ „Aufruf zum Sozialismus“.¹¹² Landauer war kein Parteisozialist, sondern sogar ein Opfer der Parteiwut. Denn er war 1919 bei der Unterdrückung der Münchener „Räterepublik“ ermordet worden. Ich aber sprach zu meinen Anhängern von dem „Individualismus“, mit dem ich nach meiner Kriegsverwundung die Rückkehr ins zivile Dasein begrüßt hatte. Er bedeutete ja doch die bessere logische Konsequenz aus der Meißnerformel.

Als ich Vorstandsmitglied in der Freiburger „Volkspartei“ wurde, übertrug man mir die Leitung der „Jugendgruppe“. Hauptsächlich um meinetwillen schlossen sich viele von unsern Schülern hier an. Es ergab sich, daß der Hauptgegner der Jugendgruppe die Jugend der antirepublikanischen „Deutschnationalen Volkspartei“ wurde. Das ganze Freiburger Bürgertum verteilte sich größtenteils auf diese beiden Parteien. Die „Deutsche Demokratische Partei“ blieb in Freiberg schwach. Die Arbeiter hielten sich zur Mehrheits-Sozialdemokratie. Die Linksradikalen blieben noch schwächer als die Demokraten.

Vor dem Kriege hatte ich mich zum linken Flügel der Nationalliberalen gerechnet. Jetzt in der „Volkspartei“ erstrebte ich eine aufrichtige Anerkennung der Weimarer Republik, die Deutschland vor dem Absturz in das sozialrevolutionäre Chaos gerettet hatte. Die verfassungsfeindliche Haltung der Deutschnationalen lehnte ich ab, weil mir eine Rückkehr zu wilhelminisch-preußischen Gesinnungen absolut zuwider war. Im April 1919 wurde ich als Vertreter der Ortsgruppe zum volksparteiischen Parteitag in Jena¹¹³ geschickt. Ich habe darüber in den „Grenzboten“ Nr. 20 vom 14. Mai 1919 berichtet.¹¹⁴ Aus dem Artikel geht hervor, daß mir bei den Führern der Partei, Stresemann und Geheimrat Professor Kahl¹¹⁵ aus Berlin, die starke Betonung der alten nationalliberalen Linie entschieden mißfiel. Dieser Geist dürfe nicht erhalten werden,

sonst müßte die Volkspartei unrettbar in den Sumpf geraten. Denn der nationalliberale Geist hat abgewirtschaftet, so gründlich, daß er nicht wieder-

¹¹¹ Gustav Landauer (1870–1919), Philosoph, Literaturwissenschaftler, sozialistischer Politiker, 1919 Volksbeauftragter für Volksaufklärung in der Münchner Räteregierung. Nach deren Sturz im Gefängnis ermordet.

¹¹² Gustav Landauer, Aufruf zum Sozialismus. Vortrag, Berlin 1911 („Revolutionsausgabe“, 2. verm. u. verb. Aufl. Berlin 1919).

¹¹³ 1. Parteitag der Deutschen Volkspartei am 13. 4. 1919 in Jena.

¹¹⁴ Der Jenaer Parteitag der Deutschen Volkspartei, in: Die Grenzboten, Nr. 20 (1919), S. 158–162.

¹¹⁵ Wilhelm Kahl (1849–1932), Jurist und Politiker, 1895–1921 Professor in Berlin, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1932 Mdr (DVP). Vorsitzender aller Parteitage der DVP.

kommen kann. Wir können nicht an die abgerissenen, zerzausten Fäden von gestern anknüpfen.

Es schien mir nötig, mich mit aller Offenheit gegen Streseemann zu wenden:

Er hat auf dem Jenaer Parteitag eine wirklich glänzende Programm-Rede¹¹⁶ gehalten. Doch braucht der glänzende Redner noch kein Staatsmann zu sein, wie unter anderem Scheidemann¹¹⁷ – der damalige sozialdemokratische Reichskanzler¹¹⁸ – beweist. Staatsmännische Fähigkeiten hat Herr Streseemann erst noch kundzutun. Nur wenn er sie besitzt, hat die Volkspartei Aussicht, unter seiner Führung eine große Partei zu werden.

Streseemann hat in Jena versucht, die unmittelbare Schuld am Zusammenbruch in erster Linie der unverzeihlichen Schwäche des Prinzen Max von Baden aufzubürden. Ich glaube aber nicht, daß die Geschichte einst, wenn sie Schuldige im fürstlichen Purpur suchen sollte, gerade diesen Erben der Zähringer Krone allein verantwortlich machen wird, weil er als letzter Reichskanzler – des Kaiserreichs – an der formell verantwortlichen Stelle stand. Die Verantwortung verteilt sich auf viel zahlreichere Schultern. Auch der Nationalliberalismus hat sie mitzutragen.

Am Programm der Volkspartei fand ich besonders bezeichnend die überholte liberale Gleichgültigkeit gegenüber der Religion. Das Kulturprogramm, das in Jena vorgetragen wurde¹¹⁹, sei schön und gut:

Aber wenn man die verhältnismäßig gleichgültige Zustimmung, die diese Programmpunkte fanden, mit dem stürmischen Beifall vergleicht, der sonstigen Kraftstellen der Redner zuteil wurde, dann muß man fürchten, daß der materialistische Geist der Zeit auch in der Volkspartei noch manchmal sein Wesen treiben wird. In diesem Geiste aber wird sich die erhoffte Erneuerung Deutschlands nicht vollziehen können.

¹¹⁶ Um eine Programmrede im eigentlichen Sinn hat es sich nicht gehandelt, da das Programm der DVP erst in den folgenden Monaten ausgearbeitet wurde. Im Zentrum der Rede stand vielmehr die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage. Vgl. Wolfgang Hartenstein, *Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920*, Düsseldorf 1962, S. 98 f. und S. 106.

¹¹⁷ Philipp Scheidemann (1865–1939), Buchdrucker, Schriftsteller, Redakteur, Politiker, 1903–1918 MdR (SPD), Februar–Juni 1919 Ministerpräsident, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1933 MdR, 1920–1925 Oberbürgermeister von Kassel, 1933 Exil.

¹¹⁸ Richtig: Ministerpräsident.

¹¹⁹ Kahl gab einen Bericht über die Behandlung der kirchenpolitischen Fragen im Verfassungsausschuß, der aus Gründen der Vertraulichkeit nicht protokolliert wurde. Vgl. Bericht über den Ersten Parteitag der Deutschen Volkspartei am 13. April 1919 in den Akademischen Rosensälen in Jena, herausgegeben von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei in Berlin, Berlin 1919, S. 43. Zum Kulturprogramm vgl. Kulturpolitik der Deutschen Volkspartei. Die Stellung der Deutschen Volkspartei zur Schul- und Kirchenpolitik, dargestellt auf Grund der Verhandlungen in der Deutschen Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung, Berlin 1920.

Mein Vorschlag war, die Volkspartei solle christlichsoziale Gedanken mit den liberalen verbinden. Aber das dieses in Aussicht stünde, glaubte ich nicht.

Im Heft 26 vom 25. Juni 1919¹²⁰ referierte ich auch über den sozialdemokratischen Parteitag¹²¹, der in Weimar abgehalten wurde. Hier urteilte ich von demselben Standpunkt aus. Es werde sich rächen, daß die Arbeiterschaft zu materialistischem Denken erzogen worden ist.

Nur eine religiöse Erziehung wird die Völker der Welt allmählich für eine Politik internationaler Gerechtigkeit reif machen. Die Sozialdemokratie, die das Christentum haßt und ersetzen möchte, wird dadurch gestraft werden, daß ihre internationalen Ideale durch die Klassenhaßpropaganda, durch die Erziehung zum Egoismus, die von ihr selber ausgeht, zersetzt werden. (...) Eine Zeit wird vielleicht kommen, wo die Arbeiterklasse selber die Partei zu einer nationalistischen Politik zwingen wird.

In der Tat: Was war denn der „Nationalsozialismus“ Hitlers anderes als pervertierter Klassenkampf-Sozialismus? Was war der „Faschismus“ Mussolinis¹²² anderes? Und was anderes ist aus dem Bolschewismus Rußlands geworden?

Beide Artikel, der vom 14. Mai und der vom 25. Juni, waren noch vor der Unterwerfung Deutschlands unter das Versailler Friedensinstrument geschrieben, das die innere Lage Deutschlands so arg verschärfte, daß sich sehr bald die alten Dämonien wieder erhoben und neue dazu. Bald war es so weit, daß sich der Herausgeber der „Grenzboten“ glaubte, der Politik der ostmärkischen Volksräte anschließen zu müssen, und daher die Zeitschrift verkaufte. Meiner Ablehnung des Stresemann-Kurses in der Volkspartei stimmte er noch zu. Hinter dem Hoffmannschen Artikel vom 6. August über das Schicksal des Kaisers¹²³ erschien noch im Aufsatz „Die Politik der Deutschen Volkspartei“¹²⁴ meine scharfe Kritik in einer entscheidenden Frage: gegen die Absage der Partei an die schwarzrotgoldene Fahne der Republik.

Wollen wir etwa aus bloßem Haß gegen die Revolution von 1918 jetzt das Jahr 1848 verleugnen? (...) In Entschließungen, die Männer der Deutschen Volkspartei gefaßt haben, ist gesagt oder angedeutet, daß der Übergang zur schwarzrotgoldenen Fahne eine Schande sei. Nein, es ist vielmehr eine Schande, wenn man die alten teuren Farben in parteipolitischer Verblendung derart besudeln kann! Die schwarzrotgoldene Fahne ist im Augenblick geradezu ein Geschenk Gottes, denn sie verschafft uns die Möglichkeit, die

¹²⁰ Der sozialdemokratische Parteitag, in: Die Grenzboten, Nr. 26 (1919), S. 289–294.

¹²¹ 26. Parteitag der SPD vom 10. – 14. 6. 1919 in Weimar.

¹²² Benito Mussolini (1883–1945), Lehrer, 1919 Gründer und Führer (Duce) der Fasci di combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), 1922–1943 italienischer Ministerpräsident, 1943–1945 Staatschef der Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana).

¹²³ Karl Hoffmann, Das Schicksal des Kaisers, in: Die Grenzboten, Nr. 32, S. 121–127.

¹²⁴ Die Grenzboten, Nr. 32 (1919), S. 128–131.

Sozialdemokraten, die die schwarzweißrote Fahne nie anerkennen würden, für einen erneuerten nationalen Gedanken zu gewinnen.

Im Schlußabschnitt des Artikels stellte ich eine klare Alternative auf:

Die Volkspartei wird sich entscheiden müssen, ob sie nur eine Neuauflage der alten nationalliberalen Partei sein will, oder ob sie Raum haben will auch [für] Gegner der alten Partei, ob sie für alle vaterlandsliebenden Männer und Frauen ein neues politisches Obdach bauen will. Und sie wird bekennen müssen, ob sie das deutsche Vaterland auch in seiner neuen Verfassung lieben kann, und ob sie alle Volksgenossen, auch Demokraten und Sozialisten, gelten lassen will, wenn sie nur zum Gedanken unsres Volkstums halten, oder ob sie sich auf die Agitationsphrasen der „Nationalen“ alten Stils beschränken will. Schweigen auf diese Fragen wird auch eine Antwort sein.

Stresemann schwieg nicht, aber er hatte keinen Sinn für meine Vorstellungen und lehnte meinen Artikel ab. Ich will hier feststellen, daß er später gezeigt hat, daß er nicht nur ein Parteiredner, sondern auch ein Staatsmann sein konnte, aber er zeigte das erst seit dem Jahre 1923, wo er Reichskanzler und Reichsaußenminister wurde. Er hat sich als Leiter der deutschen Außenpolitik sechs Jahre lang, 1923 bis 1929, unzweifelhaft Verdienste erworben bis an seinen frühzeitigen Tod „in den Sielen“. Dennoch kann ich die Vorwürfe, die ich 1919 und 1920 gegen ihn erhob, nicht zurücknehmen, denn ich muß dabei bleiben, daß ein Staatsmann in den Anfangsjahren der Weimarer Republik eine eindeutig positive Einstellung zur neuen Verfassung hätte zeigen müssen. Ich hatte schon im Kriege immer wieder darauf hingewiesen, daß mit dem „Bismarckgeist“ kein Staat mehr zu machen und ein Erfolg Deutschlands nur dann zu erwarten sei, wenn es verstünde, einen „internationalen Gedanken“ hervorzubringen, der auch andern Völkern gefallen könnte. Daß Stresemann noch jahrelang nach dem Kriege der deutschnationalen Reaktion zu nahe blieb, das gab mir wirklich das Recht, ihn anzugreifen. Besonders sein Verhalten bis zum Kapp-Putsch war von Grund aus verfehlt.¹²⁵ Ich lege hier die Abschrift des Briefes bei, den ich im Januar 1920 an ihn persönlich schrieb:

Sehr geehrter Herr Doktor!

Um die Jahreswende war ich zu einer politischen Besprechung bei Geheimrat Cleinow in Lichterfelde und bei den nunmehrigen neuen Redakteuren der „Grenzboten“ in Berlin, an denen ich seit Jahren Mitarbeiter bin. Geheimrat Cleinow erzählte mir u. a. auch, daß Sie kürzlich gegen meinen Aufsatz in Nr. 32 der „Grenzboten“ (6. August 1919) über die Politik der Deutschen Volkspartei polemisiert hätten. Er forderte mich auf, mit Ihnen persönlich in Verbindung zu treten. Ich möchte das nicht unterlassen, nachdem Sie meinen Aufsatz beachtet haben, und bitte Sie, von Folgendem Kenntnis zu nehmen.

¹²⁵ Über die Politik Stresemanns zwischen 1918 und 1920 vgl. Turner, Stresemann, S. 15–57.

Der Aufsatz ist mit voller Billigung Cleinows erschienen und hat auch bei anderen Volksparteilern Zustimmung gefunden. Unsrre Partei hat bisher im wesentlichen deutschnationale Politik gemacht. Das ist auf die Dauer ein Unding. Wir Freiburger sind froh, daß Dr. Heinze¹²⁶ Versuche, unsre Partei mit den Deutschnationalen zu verschmelzen, von der Gesamtpartei nicht unterstützt worden sind.¹²⁷ Nun darf aber auch die Taktik unsrer Partei nicht in der bisherigen Weise von der der Deutschnationalen kaum zu unterscheiden bleiben. Die Agitation im Lande in allen Kreisen, die nicht früher schon nationalliberal waren, ist ungeheuer erschwert, weil alles, was jetzt nach rechts neigt, den Deutschnationalen zuläuft, da die Volkspartei den Eindruck macht, als sei sie nichts als eine Gruppe von halbseidenen und unentschlossenen Deutschnationalen. Die Art, wie in unsern Jugendgruppen gearbeitet wird, mit Hindenburgfeiern und Hohenzollerngedichten, legt allen verständigen Jungen die Frage nahe: Warum seid ihr denn nicht deutschnational? Unter den Frauen geht es uns vielfach gerade so. Ich bin Vorstandsmitglied des hiesigen Ortsvereins der Volkspartei und habe bei der Wahlagitation von 1919 mein Teil getan. Ich sehe jetzt mit Schmerzen, wie Hunderte und vielleicht Tausende von Wählern in Stadt und Land offensichtlich von uns abgleiten, aber nicht nach links, sondern nach rechts. Statt nur gegen die Linke sollten wir uns mal gegen die Deutschnationalen unsrer Haut wehren. Ich bin Leiter der hiesigen Jugendgruppe. Aber mit den Hindenburg-Redensarten, die in andern Jugendgruppen üblich zu sein scheinen, hätte ich sie nicht zusammengebracht. Unser gefährlicher Gegner ist allein der Deutschnationale Jugendbund. Gegen den müssen wir uns einstellen.

Die Deutsche Volkspartei sollte, bevor noch der Wahlkampf beginnt, das Liebäugeln mit dem Monarchismus endgültig aufgeben. In dieser Beziehung werden uns die Deutschnationalen stets überbieten. Wir können in aller Ruhe feststellen, daß nach dem, was jetzt über Wilhelm II. bekannt geworden ist, das Kaisertum in Deutschland vorläufig kompromittiert ist. Die bundesstaatlichen Dynastien aber kann der bewußt nationale Politiker nicht zurückwünschen, nachdem sie einmal beseitigt sind. Wir wollen sehr offen sagen: Wir sind für die Republik, und zwar für die großdeutsche Republik und für die bürgerliche, zwar sozialreformerische, aber nicht sozialistische Republik. Und wir sind für eine nationale Politik, starren aber nicht wie hypnotisiert auf eine militärische Revanche, sondern denken mehr an einen Aufstieg mit wirtschaftlichen und moralischen Machtmitteln, die sich ja im Kriege als stärker erwiesen haben als die militärischen. Im übrigen verstehe ich es durchaus, wenn wir es vorziehen, als Oppositionspartei in den Wahlkampf zu gehen. Was nach der Wahl wird, kann man heute sicherlich nicht sagen. Jedenfalls ist es aber möglich, daß wir dann mit zur Regierung berufen werden. Dabei ist es wahrscheinlicher, daß das gegen die Deutschnationalen geschieht als mit ihnen. Denn an die Möglichkeit einer Mehrheit der Rechten glaube ich nicht.

¹²⁶ Rudolf Heinze (1865–1928), Jurist und Politiker, 1907–1912 MdR (Nationalliberale Partei), Juni–November 1918 sächsischer Justizminister, Oktober–November 1918 Vorsitzender des sächsischen Gesamtministeriums, 1920–1923 Reichsjustizminister.

¹²⁷ Vgl. Hartenstein, Anfänge der Deutschen Volkspartei, S. 131–135.

Wie es anderwärts steht, kann ich nicht übersehen. Wir in unsrer Gegend sind jedenfalls in Gefahr, bei der bisherigen Taktik viel Boden an die Deutschnationalen zu verlieren. In unsern eigenen Mitgliederkreisen beklage ich insbesondere die Interesselosigkeit der Industriellen gegenüber den politischen Notwendigkeiten. Sie beschäftigen sich nur mit den Fragen des Betriebsrätegesetzes¹²⁸ und ähnlichem. Die eigentlich politischen Fragen sind in ihren Augen akademisch; für sie haben sie keine Zeit.

Sprechen Sie doch persönlich, sehr geehrter Herr Doktor, wenn es Ihre Zeit irgend erlaubt, bald mal in Freiberg. Vielleicht könnte dadurch unsrer Partei viel Boden gerettet werden, zumal wenn Sie sich entschließen könnten, dabei die Grenzen nach rechts einmal deutlich abzustecken. Wir waren 1919 die stärkste bürgerliche Partei in Freiberg. Wir haben hier also etwas zu verlieren.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr ganz ergebener
K. B.

Es ist möglich, daß mein Brief vom 18. Januar 1920 dazu beitrug, daß sich Stresemann einige Wochen später persönlich in Freiberg sehen ließ. Die Industriellen in der Volkspartei veranstalteten ihm zu Ehren ein Festessen, zu dem ich als Vorstandsmitglied in der Partei mit eingeladen wurde. Freunde meiner Auffassungen, die ich im Vorstand hatte, sorgten dafür, daß ich bei der Tafel ihm gegenüber zu sitzen kam. So konnte ich – es war am 14. Februar – im Gespräch mit ihm das Wort führen. Ich erklärte ihm vor vielen Ohren, daß ich die Ablehnung der Weimarer Verfassung durch die Volkspartei¹²⁹ bedauerte und die Anerkennung der Republik verlangen mußte. Die deutschnationale Rechte sei keine gute Verbündete für die Volkspartei und habe keine Aussicht, jemals die parlamentarische Mehrheit zu erlangen. Er erwiderte: „Sie begehen den Fehler, daß Sie die gegenwärtigen Zustände für viel zu stabil halten. Vielleicht kommt eine Diktatur, und dann wird das Volk sagen: Herr ist, wer uns Ruhe schafft.“

Am 13. März kam der Kapp-Putsch.¹³⁰ Es ist kaum anders möglich, als daß Stresemann vier Wochen vorher davon gewußt hat. Er erließ eine Kundgebung, die sehr zweideutig auf Tolerierung des Hochverrats hinauskam¹³¹, wäh-

¹²⁸ Zum Betriebsrätegesetz vom 4. 2. 1920 vgl. Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Berlin, Bonn 1984, S. 283–294.

¹²⁹ Zu den Gründen der DVP, bei der namentlichen Abstimmung am 31. 7. 1919 die Annahme der Verfassung abzulehnen, vgl. Turner, Stresemann, S. 49–52.

¹³⁰ Umsturzversuch rechtsradikaler Kreise unter dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang von Kapp und General von Lüttwitz, dem „Vater der Freikorps“, der infolge der abwartenden Haltung der Beamtenschaft und des von den Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreiks am 17. 3. 1920 scheiterte. Vgl. Johannes Erger, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20*, Düsseldorf 1967.

¹³¹ Zur Haltung Stresemanns und der Deutschen Volkspartei vgl. Turner, Stresemann, S. 57–73; Hartenstein, *Anfänge der Deutschen Volkspartei*, S. 149–193. Der Aufruf der Deutschen Volkspartei vom 13. 3. 1920 ist gedruckt in Schulthess' *Europäischer Geschichtskalender 1920*, Teil 1, S. 51/52. Zur Bewertung vgl. Hartenstein, ebd., S. 156–159.

rend sich Dr. Heinze in Dresden, der an sich weiter rechts stand als Stresemann, auf die Seite der verfassungsmäßigen Reichsregierung stellte. Ich war über den Parteiführer so verstimmt, daß ich bald darauf mein Freiburger Vorstandsamt niederlegte. Nach dem Putsch war mir klar, daß Stresemann den Sturz der Republik erwartet und erhofft hatte.

Anfang April schrieb ein Parteifreund aus Pommern, Dr. Sievers¹³² in Stolp, mit Bezug auf meine „Grenzboten“-Aufsätze an mich, drückte mir seine Sympathie aus und fragte, was angesichts des verkehrten Kurses der Partei zu machen sei. Ich antwortete ihm unterm 13. April, daß Stresemann für die verfehlte Politik verantwortlich sei:

Ein Politiker, der die Zeit versteht, mußte wissen, daß die politisch-gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft heute stärker ist als [die] des Offizierskorps, das sich mit seinen Anhängseln im Junkertum und im Beamtentum heute noch als Organisation der alten Herrschicht des monarchischen Staates fühlte und die Reichswehr zu beherrschen glaubte. Politiker, die weiter rechts stehen als Stresemann wie unser ehemaliger sächsischer Minister Heinze und der rheinische Schwerindustrielle Vögler¹³³, haben sich am 13. März wesentlich klüger verhalten. (...) Stresemann glaubt in wahrhafter Borniertheit, durch deutschnationale Politik – nur etwas leiser tretend – profitieren zu können und jedenfalls die Partei hinter sich zu haben. An diesem Führer krankt die ganze Volkspartei. Er ist es, der das Regiment der „gehobenen Parteisekretäre“, der Nichts-als-Parteimänner (...) stützt. Dieser Führer müßte weg, aber dazu ist keine Aussicht. In den Kreisen der sächsischen Industrie, deren Syndikus Stresemann früher war, genießt er abgöttische Verehrung. Die „Industrie“ macht, d. h. finanziert bei uns die ganze Partei. Die Industriellen wollen nur mit einigem Anstand ihr Interesse vertreten haben. Politische Gesichtspunkte liegen ihnen nicht, hochpolitische Führung verlangen sie nicht. Mache ich ihnen hochpolitische Ausführungen, so hörten sie den „Theoretiker“ freundlich und etwas ungeduldig an, um dann baldmöglichst ihre „praktischen“ Forderungen vorzubringen. Diese Leute werden es nie verstehen, weshalb sie Stresemann für einen unfähigen Führer halten sollen. Er weiß ja so schön ihre Forderungen zu vertreten. Eine wahrhaftige „Volkspartei“ zu bilden, daran haben unsre Bürger, die weiter nichts erschnen als den ruhigen Geschäftsgang der wilhelminischen Zeit, kein Interesse. Darum kann Stresemann leider nicht beseitigt werden. Heinze wäre ein viel weiterblickender Führer. Aber er würde die Partei zu den Deutschnationalen führen. Ein Führer zu dem, was wir ersehnen, ist nicht da.

¹³² Georg Sievers (geb. 1870), ab 1900 Syndikus der Industrie- und Handelskammer für den Regierungsbezirk Köslin zu Stolp in Pommern, Stadtverordneter in Stolp.

¹³³ Albert Vögler (1877–1945), deutscher Großindustrieller, 1906–1912 Direktor der Union AG für Eisen- und Stahlindustrie in Dortmund, 1915–1926 Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG, 1920–1924 MdR (DVP), 1926–1935 Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke AG (Düsseldorf), im Dritten Reich Präsident des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Wissenschaft und Forschung, Mitglied mehrerer Vorstandsgremien der Stahlindustrie.

Ich teilte Sievers noch mit, daß ich in Konsequenz dieser Einsichten mein Freiburger Vorstandsamt bereits niedergelegt hätte.

Was not täte, haben Sie ausgezeichnet umschrieben: nationalpolitische Fortbildung des 9. November in einer wahrhaften Volkspartei. Man müßte versuchen, in den evangelischen Landesteilen eine „Christliche Volkspartei“ in Gang zu bringen, mit finanzieller und organisatorischer Anlehnung an das Zentrum. Denn neben dem Sozialismus ist das Zentrum heute die einzige parteipolitische Großmacht.

Sievers muß mir im wesentlichen zustimmend geantwortet haben, denn ich schrieb ihm am 5. Mai noch einmal. Stresemanns staatsmännischer Fehler sei es gewesen, daß er bis zum Kapp-Putsch die Demokratie und die deutsche Republik nicht ernst genommen habe. Dann wurden unsre Beziehungen gegenstandslos, weil ich ihm mitteilen mußte, daß ich meine über vier Jahre betriebene publizistische Arbeit nicht mehr fortsetzen könnte, weil die „Grenzboten“ nach dem Abgang Cleinows für mich nicht mehr brauchbar waren.

[...] ¹³⁴

Als 1923 die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschiert waren und die Anhänger Ludendorffs in Bayern einen „Marsch nach Berlin“ vorbereiteten, wurden die Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands nach Moskau gerufen und wochenlang für einen Aufstand in Mitteldeutschland geschult. ¹³⁵ Die Leitung wurde einem Revolutionskomitee (Revko) unter dem Kommando russischer Offiziere übertragen. Die Beauftragten des Komitees bereisten Deutschland, um Waffen bereitzustellen. Man hoffte, aus der Anhängerschaft 50 bis 60000 Mann rote Truppen rekrutieren zu können. Sobald die Münchner Nationalisten ihren Vormarsch antreten würden, sollten sie zwischen Mitteldeutschland und dem Ruhrgebiet eingekreist und erdrückt werden. Am 10. Oktober traten die Kommunisten in die sozialdemokratische Dresdner Landesregierung des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner ¹³⁶ ein; am 16. ebenso in die Landesregierung von Weimar. Aber ehe etwas unternommen werden konnte, griff die Energie des Reichspräsidenten Ebert ¹³⁷ ein, der am 21. Oktober der Reichswehr den Befehl gab, in Sachsen einzurücken. ¹³⁸ Kurze Zeit darauf

¹³⁴ Auslassung: 15 Seiten. Kritik an der politischen Haltung Stresemanns, Austritt aus der DVP, Ausführungen über die politisch-historischen Anschauungen ausgewählter deutscher und österreichischer Historiker.

¹³⁵ Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 144.

¹³⁶ Erich Zeigner (1886–1949), 1919 Eintritt in die SPD, 1921–1923 sächsischer Justizminister, März–Oktober 1923 sächsischer Ministerpräsident, nach 1933 verfolgt, 1946 Mitglied der SED, 1945–1949 Oberbürgermeister von Leipzig.

¹³⁷ Friedrich Ebert (1871–1925), 1889 Eintritt in die SPD, 1913–1919 Vorsitzender der SPD, 1912–1918 MdR, 1918/1919 Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten, 1919–1925 Reichspräsident.

¹³⁸ Vgl. Heinrich August Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 224–228.

ging sie auch gegen Thüringen vor.¹³⁹ Die revolutionären Landesregierungen traten zurück, ohne Widerstand zu leisten. Ich habe 1945 Dr. Zeigner, der damals Oberbürgermeister von Leipzig wurde, gut kennengelernt. Er war kein fanatischer Klassenkämpfer, sondern eher auf seine Weise ein Idealist und sozialer Utopist, übrigens ein guter Verwaltungsbeamter. Bürgerkrieg zu führen, hätte nicht in seiner Art gelegen; und so war er für die Russen gewiß eine Enttäuschung. Der sowjetische Revolutionsplan war damit durchkreuzt, gleichzeitig aber auch die Pläne der Nationalisten in Bayern. Der Hitlerputsch am Abend des 8. November im Münchner Bürgerbräukeller war von Anfang an ein kopfloses und völlig aussichtsloses Unternehmen.¹⁴⁰

Vereinzelt, jedenfalls gerade in Freiberg, ging das Eingreifen der Reichswehr nicht ganz ohne Zwischenfälle ab. Es wurde in den Straßen der Stadt geschossen, und auf dem Postplatz vor dem Erbschen Tor, wo das Bismarckdenkmal stand, gab es einige Tote oder Verwundete. Es war an einem Samstagnachmittag, an dem ich mit meiner Frau das schöne Herbstwetter zu einem Spaziergang in den Fürstenbusch benutzt hatte. Als wir in die Stadt zurückkamen, hörten wir von Vorübergehenden wilde Gerüchte, die Hanna sehr besorgt um unsern kleinen Sohn machten, der unserm Kindermädchen anvertraut worden war. Wir fanden ihn glücklicherweise wohlbehalten zu Hause. Hans war am 11. Januar 1922 zur Welt gekommen¹⁴¹, also am „Freiberger Blutsonnabend“¹⁴² noch keine zwei Jahre alt.

Sorgenvolle Tage waren es schon im Oktober 1923. Die Reichsmark war durch die verantwortungslose Inflation ins Bodenlose gefallen. Wir konnten mit dem völlig entwerteten Geld fast nichts mehr kaufen. Einmal war ich, als ich vormittags gerade zwei Zwischenstunden im Gymnasium hatte, mit dem Rade in ein entferntes Dorf hinausgefahren, um Kartoffeln einzuschleppen, weil Hanna nichts zum Kochen hatte und schier verzweifelt war. Wir spürten, daß Deutschland völlig zugrunde gerichtet war. Es dauerte wochenlang, bis uns die endlich neu geschaffene Währung rettete.¹⁴³ Im November bekam ich die ersten zwei vollgültigen „Rentenmark“ als Honorar für einen Vortrag in Chemnitz. Erst später erhielt ich wieder eine Gehaltsrate, von der wir leben konnten.

Politisch hatte ich einige Monate nach dem Ausscheiden aus der Deutschen Volkspartei eindeutig für die Weimarer Reichsverfassung Stellung genommen durch Beitritt zur Deutschen Zentrumsparlei. Das war kein Ausdruck katholi-

¹³⁹ Vgl. ebd., S. 236.

¹⁴⁰ Vgl. Harold J. Gordon jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–1924, Frankfurt/M. 1971; Ernst Deuerlein (Hrsg.), Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962.

¹⁴¹ Hans Buchheim, 1951–1966 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, 1966 Professor für Politik und Zeitgeschichte an der Universität Mainz.

¹⁴² Am 27.10.1923 gab es bei Auseinandersetzungen zwischen Reichswehr und Demonstranten in Freiberg 23 Tote und 31 Verletzte unter der Zivilbevölkerung und 4 verwundete Soldaten.

¹⁴³ Am 15.11.1923 wurde durch die Ausgabe der Rentenmark die Inflation beendet.

scher Neigungen, sondern nur meiner Unbefangenheit gegenüber der katholischen Kirche. Ich hatte ja schon in der Volkspartei eine Ausrichtung nach dem Muster des Zentrums angestrebt, wie es gelegentlich auch Dr. Heinze angedeutet hatte. Gegen die Stresemann-Führung hatte ich protestiert. Mir war natürlich klar, daß dies in Sachsen Einflußlosigkeit für mich bedeutete, weil das Zentrum hier nur ganz schwach vertreten war. Aber ich wollte seinen Kurs in der Reichspolitik unterstützen. Gerade als wir im Mai 1921 unsere Hochzeitsreise antraten, wurde Joseph Wirth¹⁴⁴ Chef der Reichsregierung¹⁴⁵ als Kanzler der „Erfüllungspolitik“ gegenüber den Westmächten, die ich für die einzig mögliche hielt. Im August 1921 fiel Erzberger als Opfer dieser Erfüllungspolitik durch Mörderhand.¹⁴⁶ „Der Feind stand rechts“, wie Wirth zutreffend erklärte.¹⁴⁷ Also mußte man, wenn man nicht Sozialdemokrat werden wollte, für das Zentrum sein. Die „Rapallopolitik“, die Wirth im nächsten Jahre zuließ, hatte gleichwohl meine Sympathien nicht, weil ich, mit dem Reichspräsidenten Ebert übereinstimmend, jede Anlehnung an die Sowjetunion für gefährlich hielt. Im Juni 1922 wurde der Außenminister Rathenau¹⁴⁸, der den Rapallovertrag¹⁴⁹ abgeschlossen hatte, ermordet.¹⁵⁰ Aber die Regierung Wirth verbürgte weiterhin, daß das Zentrum gegen die „nationale Opposition“ bei der Stange blieb. Schon nach der Ermordung Erzbergers waren die Rechtsstehenden unter Martin Spahn¹⁵¹ ausgeschieden und bei den Deutschnationalen gelandet.¹⁵²

¹⁴⁴ Joseph Wirth (1879–1956), Lehrer und Politiker, 1914–1918 MdR, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1933 MdR (Zentrum) 1919/1920 Reichsfinanzminister, 1920/1921 Reichsaußenminister, 1921/1922 Reichskanzler, 1929 Reichsminister für die besetzten Gebiete, 1930–1931 Reichsinnenminister.

¹⁴⁵ 1. Kabinett Wirth: 10.5. 1921–26.10. 1921.

¹⁴⁶ 26.8. 1921.

¹⁴⁷ Die Formulierung Wirths in seiner Rede vor dem Reichstag am 25.6. 1922 anlässlich des Rathenau-Mordes lautete: „Da [. . .] steht der Feind, und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts.“ (Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Protokolle, Bd. 356, S. 8058).

¹⁴⁸ Walther Rathenau (1867–1922), Industrieller und Politiker, 1892–1899 Direktor der Elektrochemischen Werke Bitterfeld, ab 1899 Vorstandsmitglied der AEG, ab 1915 Aufsichtsratsvorsitzender, 1902–1907 Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, 1921 Wiederaufbauminister im ersten Kabinett Wirth, Februar-Juni 1922 Reichsaußenminister.

¹⁴⁹ Im Rapallovertrag vom 16. 4. 1922 verzichteten Deutschland und die Sowjetunion gegenseitig auf die Erstattung der zivilen und militärischen Kriegsschäden und regelten ihre Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage der Meistbegünstigungsklausel. Zu Problematik und Forschungslage vgl. Theodor Schieder, Die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrags, in: HZ 204 (1967), S. 545–609; Hermann Graml, Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung, in: VfZ 18 (1970), S. 366–391.

¹⁵⁰ Am 24.6. 1922 wurde Rathenau von zwei Offizieren einer rechtsextremen Organisation erschossen.

¹⁵¹ Martin Spahn (1875–1945), 1901 Professor in Straßburg, 1920 in Köln, 1910–1912 MdR (Zentrum), 1924–1945 MdR (DNVP/NSDAP).

¹⁵² Vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumsparterie 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 404.

Das neue Unglück Deutschlands begann mit der kurzsichtigen Wendung der Sozialdemokraten, Wirth im Stich zu lassen und damit zum Rücktritt zu zwingen (November 1922).¹⁵³ Es folgte die aussichtslose Politik des „Ruhrwiderstands“ unter der Regierung Cuno.¹⁵⁴ Sie führte, wie ich von vornherein befürchtet hatte, zu dem totalen Zusammenbruch vom Herbst 1923.¹⁵⁵

Für mich ergab sich während der Zeit Wirths die vielversprechende Aussicht auf eine fruchtbare historisch-wissenschaftliche Tätigkeit durch einen Ruf aus Köln. Man hatte im Verlag der „Kölnischen Zeitung“ meine Publizistik in den „Grenzboten“ beachtet, und es ergab sich, daß man dort einen Historiker brauchte, weil man eine Darstellung der Geschichte dieses seit vielen Jahrzehnten führenden rheinischen Blattes brauchte. Der Verlag hatte damit den Redakteur Ernst von der Nahmer¹⁵⁶ beauftragt, den ich 1911 in Köln selbst kennengelernt hatte. Nahmer war aber nur wenig über die Anfangszeit des Blattes hinausgekommen, als er 1920 [sic!] starb. Was er geschrieben hatte, reichte nur bis 1831. Der Verlag gab es als Ersten Band heraus¹⁵⁷ und zog mich als Nahmers Nachfolger in Betracht. So erreichte mich ein Brief des Kommerzienrats Alfred Neven DuMont¹⁵⁸, der mir den Eintritt in die Kölner Redaktion anbot, mit dem Auftrag, die Zeitungsgeschichte fortzuführen. Der Brief kam 1921, als ich seit zwei Jahren beamteter Studienrat in Freiburg und seit einigen Monaten verheiratet war.

Wir benutzten eine Sommerreise ins Rheinland zu mündlichen Verhandlungen in Köln. Ich hatte eine lange Unterredung mit dem Verleger, und Hanna wartete mit einigem Bangen das Ergebnis in einem Café ab. Ich stand wieder einmal vor der Existenzfrage, ob ich in Sachsen bleiben sollte. Es schien mir wenig rätlich, jetzt noch den Beruf zu wechseln und mich in ein anderes Land zu verpflanzen. Ich hatte das 1916 nicht getan, als ich nach Schwaben hätte gehen können, und wollte es auch jetzt vermeiden. So bot ich dem Kommerzienrat an, die historische Arbeit neben meinem Schulberufe zu übernehmen. Das historische Material, das mir in Köln zugänglich gemacht wurde, könnte we-

¹⁵³ 2. Kabinett Wirth: 26.10.1921–22.11.1922. Die SPD lehnte eine Große Koalition mit der DVP ab und zwang Wirth dadurch zum Rücktritt. Vgl. Rudolf Morsey, Zentrums-partei, S. 484–490; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. von Karl Dietrich Erdmann und Hans Booms. Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, Boppard/Rh. 1973, hier S. 1168–1170.

¹⁵⁴ Kabinett Cuno: 22.11.1922–13.8.1923. Wilhelm Cuno (1876–1933), Verwaltungs- und Wirtschaftsfachmann, Politiker, 1907–1917 Beamter im Reichsschatzamt, 1918–1922, 1926–1930 Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag), 1930–1933 Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd.

¹⁵⁵ Vgl. hierzu Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1982, S. 257–271.

¹⁵⁶ Ernst von der Nahmer (1862–1919), langjähriger Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ in Konstantinopel.

¹⁵⁷ Ernst von der Nahmer, Beiträge zur Geschichte der Kölnischen Zeitung, ihrer Besitzer und Mitarbeiter. Teil 1: Marcus DuMont 1802–1831, Köln 1920.

¹⁵⁸ Alfred Neven DuMont (1868–1940), Zeitungsverleger und Buchdruckereibesitzer.

nigstens größtenteils auch in Freiberg bearbeitet werden. Zeitlich begrenzte Tätigkeit im Verlagsarchiv und in andern Archiven könnten genügen; dazu brauchte ich nicht Redakteur in Köln zu werden. Der Kommerzienrat stimmte zu; er kam auf diese Weise billiger zu seinem Ziel, denn er brauchte mir so nur ein Nebeneinkommen zu garantieren und kein Redakteurgehalt zu bezahlen.

Ich brachte auch von Freiberg aus einen stattlichen Band der Zeitungsgeschichte bis 1850 zustande.¹⁵⁹ Ein Jahr lang war ich einmal vom größten Teil meines Schuldienstes auf Kosten des Verlags befreit. Im Jahre 1930 konnte ich das Manuskript vorlegen. Ich habe dann die Zeitungsgeschichte noch bis 1867 weiter erforscht, in der Hitlerzeit größtenteils freiwillig und ohne Bezahlung, weil der Verlag unser Vertragsverhältnis nicht fortsetzen konnte. Die „Kölnische Zeitung“ selbst wurde ja am Ende von den Nazis unterdrückt.¹⁶⁰ Ich habe die historische Arbeit fortgesetzt, weil ich immer mehr zu der Erkenntnis kam, daß ich nicht bloß an einer Zeitungsgeschichte, sondern einer politischen Geschichte Deutschlands schrieb, so wie sie sich in einer großen Zeitung spiegelt. Ein so bedeutendes Blatt wie die „Kölnische Zeitung“ in der vormärzlichen und nachmärzlichen Zeit und der Zeit der Vorbereitung der Reichsgründung Bismarcks gleicht einem Archiv der öffentlichen Meinung, dem keine geringere Bedeutung zukommt als einem Staatsarchiv. Ich kam mehr und mehr dazu, eine politische Geschichte Deutschlands aus neuen Quellen zu schöpfen, weil noch niemand vor mir eine große Tageszeitung so genau durchforscht hat wie ich die „Kölnische Zeitung“. Meine Zeitungsgeschichte bis 1850 hat der Geschichtsforschung ihre Dienste geleistet. Die ausführliche Darstellung bis 1867 hat noch nicht gedruckt werden können. Aber das Manuskript zweier Bände liegt in Köln vor.¹⁶¹

Die „Kölnische Zeitung“ stand schon seit dem Vormärz dem nationalen Liberalismus nahe, also den Kräften, die das Bismarckreich geschaffen haben. Sie ist in der nationalsozialistischen Endphase mit dem Reich zusammen zugrunde gerichtet worden. Der Verlag hat nach 1945 davon abgesehen, sie wieder zum Leben zu erwecken. Wenn ihre Geschichte in mir einen Darsteller gefunden hat, der während seines Lebens gegen die Reichsgeschichte immer kritischer geworden ist, so wird das der Wahrheit der geschichtlichen Erkenntnis nur zugute kommen. Für mich selbst aber habe ich als Gewinn zu verzeichnen, daß ich nicht kritisiere, ohne die historischen Tatbestände genau zu kennen. Ich bin nicht zum Kritiker des nationalen Liberalismus geworden, ohne

¹⁵⁹ Die Geschichte der Kölnischen Zeitung, Bd. 2, Köln 1930.

¹⁶⁰ Die Zeitung wurde wegen ihres hohen Ansehens im Ausland nicht verboten, mußte sich aber in ihrer politischen Berichterstattung der allgemeinen Gleichschaltung unterwerfen. Personelle Einwirkungsversuche des Propagandaministeriums konnten jedoch abgewiesen werden. Vgl. Georg Potschka: Kölnische Zeitung (1802–1945), in: Heinz-Dietrich Fischer, Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972, S. 145–158, hier S. 157.

¹⁶¹ Die Geschichte der Kölnischen Zeitung, Bd. 3 und 4, Köln 1976 bzw. 1979.

ihn und seine ganze Geschichte genau zu untersuchen und auch seine Stärken und sein historisches Gewicht zu kennen. Nicht bloß wenn ich anerkenne, sondern auch wenn ich kritisiere, rede ich über deutsche Geschichte als über einen Gegenstand, mit dem ich mich ein Halbjahrhundert lang intensiv beschäftigt habe. Die Erforschung der Zeitungsgeschichte gehört auch zu den wesentlichen Inhalten meiner Lebensgeschichte. Dadurch, daß ich nicht Redakteur in Köln wurde, bin ich als Historiker der „Kölnischen Zeitung“ unabhängiger geblieben, als wenn ich meine Existenz selber mit der Zeitung verbunden hätte. So darf ich glauben, daß ich wohl richtig gehandelt habe, als ich 1921 mein Freiburger Lehramt behielt.

Um die Wende zum Jahre 1924 war die Krise der Weimarer Republik vorerst überstanden. Es begann eine ruhigere Zeit größerer Sicherheit, die sich freilich später als trügerisch erwies. Ein halb Dutzend Jahre lang ungefähr konnte man glauben, an neue Ufer gelangt zu sein, nachdem man 1914 die alten hatte verlassen müssen. Die neue Geldwährung gestattete uns zum ersten Male seit zehn Jahren eine Auslandsreise. Wir wählten „Ostern in Rom“. Das Hotel „Elefant“ in Brixen war unsre erste Station, von der aus wir auch Bozen besuchten. Die nächste war das Hotel „Accademia“ in Verona, wo wir uns zwei Tage aufhielten. Von hier aus fuhren wir direkt nach Rom, wo uns P. Hofmann¹⁶², der Rektor des Collegium Germanicum¹⁶³, persönlich ein Zimmer im Hotel „Massimo d’Azeglio“, nicht weit vom Bahnhof Termini, bestellt hatte. Wir wollten nämlich meinen ehemaligen Schüler Hans Thiele¹⁶⁴ mit besuchen, der Alumne¹⁶⁵ im Germanicum geworden war. Er durfte nicht mit uns ausgehen, weil das gegen „die Konstitutionen“ der Germaniker verstieß; aber wir durften im Hause mit ihm unbeschränkt zusammen sein. Den Gründonnerstags-Gottesdienst erlebten wir in San Anselmo auf dem Aventin, den Karfreitag in Gesù, die Osterfeier in Sankt Peter. Wir besuchten noch viele Sehenswürdigkeiten, antike und christliche, natürlich vor allem das Forum Romanum und den Palatin, die sieben Hauptkirchen und einige kleinere, die Vatikanischen Sammlungen. Den stärksten Eindruck hatten wir von den Callistus-Katakomben, wo uns die Geschichte der heiligen Caecilia erzählt wurde. Wir erreichten die Katakomben von Sankt Paul vor den Mauern auf dem alten Siebenkirchenweg nach Sankt Sebastian, der damals noch durch die freie Campagna führte. In einer kleinen Osteria unterwegs kehrten wir ein. Das ist heute versunkene Schönheit, weil sich inzwischen die Großstadt weit in die Campagna hinein ausgedehnt hat. So groß und schön fand ich den Eindruck von Rom bei späteren Besuchen nie wieder. Der Abschied fiel uns nicht

¹⁶² Michael Hofmann (gest. 1946), 1919–1925 Rektor des Collegium Germanicum und Hungaricum in Rom.

¹⁶³ Deutsches Priesterseminar in Rom, gegründet 1552.

¹⁶⁴ Hans Thiele (geb. 1901), 1922 Abitur am Albertinum in Freiberg, 1922–1924 im Collegium Germanicum.

¹⁶⁵ Schüler eines Schülerwohnheims.

leicht. Doch verlebten wir auf dem Heimweg noch zwei Tage in Florenz und Fiesole.

Hanna ist später nicht wieder nach Rom gekommen. Für mich selbst kann ich diese Reise als den harmonischen Schlußakkord der ersten Hälfte meines Lebens betrachten. Mit einigen ruhigen Jahren pädagogischer und wissenschaftlicher Tätigkeit ging es hinüber in die zweite Hauptperiode meines Lebens, die wieder Stürme genug bringen sollte.

